

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bren. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionslokal: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Zum 1. Mai.

Laßt die fleißigen Hände rasten,
Die das ganze Jahr sich mühen;
Unbeirrt von allen Lasten
Woll'n wir auf die Straße zieh'n.
Schenkt von euch die trüben Sorgen,
Von Beschwerden macht euch frei;
Hinter Wolken noch geborgen
Steigt herauf ein neuer Morgen:
Heute ist der erste Mai!

Laßt der Zukunft uns vertrauen,
Hoffend auf die eig'ne Kraft
Gilt es Schöneres aufzubauen,
Und das Große wird geschafft.
Edle Ziele, die uns binden,
Sichern unserem Werk Gedeih.
Einig wollen wir uns finden,
Um der morschen Welt zu kündigen:
Heute ist der erste Mai!
Johann Weig.

Arbeiter!

Gewerkschaftsmitglieder!

Der Schrittmacher des Achttundentages, der 1. Mai, kommt heran. Und wieder fordern wir euch auf, ihn würdig zu empfangen.

Noch immer kämpfen wir um die Ziele, für die der 1. Mai symbolisch geworden ist: gesetzlicher Achttundentag, Arbeiterschutz, Wellenfriede. Es sind die alten Worte, die seit 40 Jahren zu Parolen der Arbeiter aller Länder geworden sind, aber im Laufe der Zeit haben sie einen viel größeren Inhalt bekommen, als die ersten Demonstrationen vor 40 Jahren ahnen konnten.

Die Welt hat ihr Gesicht verändert.

Staaten sind zusammengebrochen, andere entstanden. Monarchien verschwanden, die unentwurzelt schienen. Die Demokratie zog in die Länder ein, die Massen wurden politisch zu Bildnern ihres Schicksals. Auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitenden wuchsen. Millionen und aber Millionen formen heute im Klassenkampf die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aber auch die Fabrik von heute ist neu, und neu sind die Produktionsmethoden, die in ihr angewendet werden. Immer entbehrlicher wird der Arbeiter. Massenarbeitslosigkeit, früher eine vorübergehende Erscheinung, wird zur Regel. Millionen, die mit dem besten Arbeitswillen ausgerüstet sind, bevölkern arbeitslos die Straße. Die Unsicherheit der Existenz wächst in bedrohlichem Maße.

Diese neue Situation zwingt zu viel umfassenderen Maßnahmen als bisher getroffen wurden.

Die neu gewordene Welt wird sozialpolitisch sein, oder sie wird nicht sein.

Arbeiterschutz, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt Sozialpolitik in weitestem Umfange werden die Pfeiler sein, die das Staatsgefüge nicht entbehren kann.

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder!

Ihr seid die Träger des demokratischen Staates. Ihr könnt euch den Einfluß erkämpfen, den ihr braucht, um bestimmend zu sein, wo es sich um Gesetze handelt, die euer Wohl und Wehe betreffen.

Each sagt der 1. Mai: Ruht die Macht, die ihr habt! Benutzt sie nicht nur politisch! Stärkt eure Gewerkschaften! Ohne Gewerkschaften keine Demokratisierung der Wirtschaft. Starke Gewerkschaften sind die starken Grundlagen eurer Rechte und eurer Freiheit!

Berlin, den 12. April 1930.

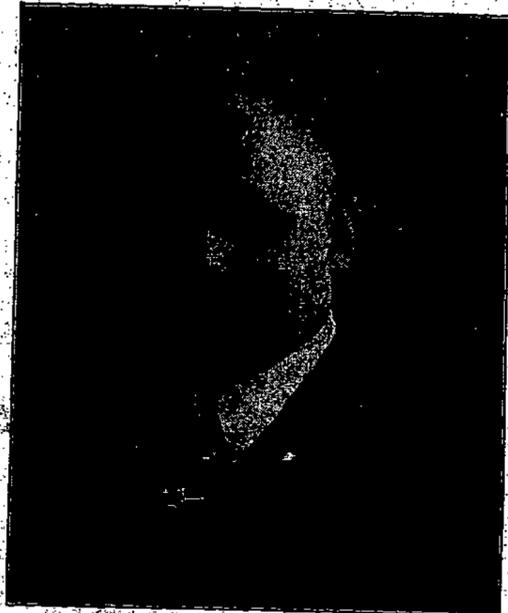
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Otto Frenzel

25 Jahre Verbands-Angestellter.

Am 1. Mai d. J. sind es 25 Jahre, daß der Kollege Otto Frenzel sein Amt als Geschäftsführer der Zahlstelle Magdeburg angetreten hat. Frenzel wurde als Kind armer Leute am 2. Juni 1871 in Venneckenstein a. Harz geboren, kam als Kind nach Magdeburg, besuchte dort die Volksschule

und wurde Fabrikarbeiter. Bei einem wilden Streik in einer Zuckerraffinerie wirkte er in noch jugendlichem Alter für die Fernhaltung des Zuzuges. Einige abfällige Worte über die so sehr gebärdelten Arbeitswilligen genügten bei dem damaligen Polizeikurs, Frenzel auf einige Wochen ins Gefängnis zu bringen. Diese Strafe und die darauf folgende zweijährige Militärdienstzeit haben unseren aufgeweckten und temperamentvollen Kollegen nicht beirren können. Er widmete sich mit großem Eifer der Arbeiterbewegung.



Am 1. Juli 1898 wurde er Mitglied unseres Verbandes, wählte besonders in dem Bezirk Südburg und wurde auch aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Ende 1904 war die Zahlstelle Magdeburg in der Entwicklung so weit fortgeschritten, daß ein besoldeter Geschäftsführer angestellt werden mußte. Nach einem bedauerlichen Mißgriff mußte sich die Zahlstelle erneut mit der Wahl eines Geschäftsführers beschäftigen. Nunmehr fiel die Wahl auf Otto Frenzel, und das war ein guter Griff. Mit Begeisterung, Fleiß und Geschick hat er in redlicher Weise sein Amt verwaltet. Die Zahlstelle Magdeburg hat unter seiner Leitung eine günstige Entwicklung genommen. Der Widerstand der Magdeburger Arbeitgeber gegen die Anerkennung der Gewerkschaften als Berufsvertretung der Arbeiter war besonders stark. Um so größer ist das Verdienst, diesen Widerstand gebrochen zu haben. Bereits in der Vorkriegszeit ist es gelungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in mehreren Betrieben, besonders in der Malzkaffee- und Kaffeesurrogatindustrie, tariflich zu regeln. Frenzel kann ein gut Teil dieses Fortschrittes auf sein Konto buchen.

Der Weltkrieg nahm unseren Jubilar vier Jahre in Anspruch. In diese Zeit wird er nicht mit Freuden zurückdenken können. Um so mehr wird ihn der Erfolg seiner Arbeit in der Gewerkschafts- und Parteibewegung befriedigen. Frenzel war in der Nachkriegszeit auch Stadtratsmitglied in Magdeburg und hat in allen Zweigen der modernen Arbeiterbewegung seine Pflicht getan.

Wir begrüßen unseren Jubilar an seinem Ehrentage und danken ihm für seine treuen und erfolgreichen Dienste, die er dem Verbands geleistet hat. Unsere besten Glückwünsche begleiten ihn auf seinem ferneren Lebenswege.

Der Reichswirtschaftsrat zur Finanzierung des Wohnungsbaues.

Der Wohnungs- und Siedlungsanschuß des Reichswirtschaftsrats hatte einen Arbeitsanschuß mit der Untersuchung der Lage der Bauwirtschaft beauftragt. Die Bauwirtschaft gehört zu den sogenannten Schlüsselindustrien. Ist es möglich, diese zu beleben, so tritt zugleich auch eine Belebung der Gesamtwirtschaft ein. Zu der riesenhaften Arbeitslosigkeit trägt das Daniederliegen des Wohnungsbaues in starkem Ausmaße bei. Aber neben dem nur sehr langsam in Gang kommenden Wohnungsbau liegt die Bautätigkeit der Länder und Gemeinden fast völlig still. Dasselbe ist der Fall bei dem Straßen- und Wegebau.

Der Bauwerksbund hatte im März noch eine Arbeitslosenzahl von 63 Prozent, gegenüber 33 Prozent im Jahre 1928. Unsere grobkeramische Gruppe verzeichnet eine Arbeitslosenzahl von über 50 Prozent; unsere Spülwarenindustrie liegt ebenfalls völlig danieder. Keine Wirtschaft kann auf die Dauer derartiges in einem ihrer wichtigsten Zweige vertragen. Dem Arbeitsanschuß des RWK war es klar, daß es unmöglich ist, den ganzen Fragenkomplex in einigen Wochen zu untersuchen. Es galt schnell zu handeln, um wenigstens für das Jahr 1930 eine sofortige Belebung des Baumarktes herbeizuführen.

So mußte der Arbeitsanschuß sich zuerst mit der Finanzierung des Wohnungsbaues befassen, weil gerade von der Geldseite her die Schwierigkeiten für das laufende Jahr kommen. Durch die Verhandlungen des Ausschusses zog sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß das Hauptmotiv seiner Beratungen darin liegen müsse, die Arbeitslosenzahlen so schnell und so gründlich wie möglich zu senken. Daneben gilt es für die minderbemittelte Bevölkerung, die zum großen Teil noch in menschenunwürdigen Unterküften wohnt, Wohnungen zu erträglichen Preisen zu schaffen. Es kam zum Ausdruck, daß in den vergangenen Jahren zum Teil zu groß und zu teuer gebaut worden ist, so daß in den Großstädten, vor allem in Berlin, das noch die drückendste Wohnungsnot hat, teilweise Wohnungen leer stehen, weil die Reflektanten die Mieten nicht aufbringen können. Hier ist der Übergang zu kleineren und billigeren Wohnungen notwendig. Die Beschlüsse des Ausschusses haben folgenden Wortlaut:

„Durch ein Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Umstände werden für den Wohnungsbau 1930 nur etwa 2250 bis 2450 Millionen Reichsmark langfristige und kurzfristige Mittel zur Verfügung stehen. Ferner ist mit einem Ausfall von öffentlichen Bauten im Werte von etwa 1 Milliarde Reichsmark zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe beträgt gegenwärtig 63 Prozent gegenüber 33 Prozent in der gleichen Zeit von 1928. (Die Zahlen aus dem Jahre 1929 sind wegen der anormalen Witterungsverhältnisse nicht vergleichbar.) Aus diesen Tatsachen ergibt sich im Interesse der Gesamtwirtschaft die dringliche Notwendigkeit, mit größter Beschleunigung Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Baumarkt 1930 möglichst viel und schnell Kapital zur Verfügung zu stellen, um die Bautätigkeit ihrem ganzen Umfange nach in Gang zu bringen und möglichst nicht unter den Stand von 1929 absinken zu lassen.

Zur sofortigen Inangriffnahme des Wohnungsbaues werden folgende dringliche Vorschläge gemacht:

1. Möglichst baldiger Erlass eines Gesetzes oder einer Verordnung mit Festlegung eines Termins für Aufhebung der Kapitalertragssteuer aus Alt- und Neu-Emissionen selbstverzinslicher Werte zwecks Behebung des Pfandbriefabsatzes im Inland und Ausland;
2. eilige Prüfung gesetzlicher Maßnahmen, wie der Kapitalfluß in das Ausland wirksam begegnet werden kann, unter Einbeziehung der Frage der Wiederherstellung des Bankgeheimnisses;
3. Ersuchen an alle diejenigen Stellen, die den Wohnungsbau 1929 durch Zwischenkredite gefördert haben, um umgehende Verwendung der durch Umwandlung in Dauerkredite freigewordenen Mittel zu neuen Zwischenkrediten sowie Ersuchen an die Reichsregierung, die noch nicht zurückgeforderten Reichszwischenkredite den Ländern für 1930 zu belassen;
4. dringliche Aufforderung an die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die öffentlich-rechtlichen und privaten Versicherungsträger und Hypothekendarlehen, zur endgültigen Finanzierung des Wohnungsbaues möglichst viel und rasch Kapital bereitzustellen und fest zuzulassen;
5. eine gleiche Aufforderung an die Sparkassen, neben ihrer Mitwirkung an der Umschuldungsaktion der Kommunen den Wohnungsbau in Anbetracht seiner gegenwärtigen Notlage nicht zu benachteiligen, sondern ihn nach Kräften weiter zu fördern durch Finanzierung der Bauten im voraus nach Maßgabe des erfahrungsgemäß zu erwartenden Einlagenzuwachses;
6. Einwirkung des Reichsfinanzministeriums auf die Beratungskommission für Auslandsanleihen zwecks Erleichterung der Aufnahme von Auslandsanleihen zu angemessenen Bedingungen auch für Zwecke des Wohnungsbaues und für Kommunalanleihen, die der Umschuldungsaktion und damit den Zwecken der Bauwirtschaft dienen;
7. um die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der zweiten Hypothek zu mindern und zugleich die Neubaumieten erträglich zu gestalten, die Hauszinssteuerhypotheken für 1930 im Rahmen der vorhandenen Hauszinssteuermittel zu erhöhen;
8. alle nicht unbedingt notwendigen Bauaufwendungen zu vermeiden;
9. den Wohnungsbau 1930 in der Hauptsache zu beschränken a) auf Herstellung von Wohnungen mit 2½ Räumen (Zimmer, Kammer und Küche) in Größe von 40 bis 50 Quadratmeter; b) auf Herstellung weiterer Wohnungen mit 3½ Räumen (2 Zimmer, Kammer und Küche) in Grenzen des örtlichen Bedarfs;
10. zu erwägen, ob es angängig ist, die Bestimmungen der Länder über die Verwendung eines Teiles der Hauszinssteuermittel für Bürgerversicherung und die Erhaltung reparaturbedürftiger Altwohnungen zu erweitern.

Weitere Vorschläge für die Belebung der Bauwirtschaft im allgemeinen und für die dauernde Förderung des Wohnungsbaues werden vorbehalten.

Zur Begründung der Forderungen diene folgendes:

Zu der dringlichen Frage der Finanzierung des Wohnungsbaues sind 22 Sachverständige aus allen am Wohnungsbau und seiner Finanzierung beteiligten Kreisen von dem Ausschusse gehört worden. Aus den Gutachten der Sachverständigen und der Aussprache des Ausschusses ergab sich, daß sich die Finanzierung des Wohnungsbaues für 1930 erheblich schwieriger gestalten wird als in den beiden Vorjahren, in denen es gelungen ist, etwa je 320 000 bzw. 330 000 neue Wohnungen mit einem Kapitalaufwand von je 3,2 Milliarden Reichsmark herzustellen. Für 1930 wird sich das Bankkapital für den Wohnungsbau infolge verschiedener ungünstiger Umstände voraussichtlich nicht unerheblich verringern.

Es fehlen an der endgültigen Finanzierung der Wohnungsbauten für 1929 rund 400-500 Millionen Reichsmark, die aus dem im Jahre 1930 auskommenden Dauerkapital gedeckt werden müssen. Das für 1930 mit 2250-2450 Millionen Reichsmark errechnete Dauerkapital würde sich also noch um diesen Betrag verringern. Es muß aber unbedingt angestrebt werden, daß die kurzfristigen Kredite aus 1929, die durch die

Umwandlung in langfristigen Kredit frei werden, auch in möglichst gleichem Umfang dem Wohnungsbau für 1930 zur Verfügung gestellt werden.

Die allgemeine Finanznot in Reich, Ländern und Kommunen hat dazu geführt, daß an allen Stellen die öffentlichen Bauten soweit wie irgend möglich abgedrosselt wurden und neue Bauten nicht in Angriff genommen werden.

Die Landesversicherungsanstalten sind für 1930 stark in ihren Mitteln beschränkt. 50 Millionen Mark müssen sie für Zwecke der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stellen.

Länder und Gemeinden werden infolge der Finanznöte wenig Gelder für Wohnungsneubau zur Verfügung stellen können.

Das Eigenkapital der Wohnungsbauenden hat im Durchschnitt der letzten Jahre nur 10 Prozent betragen.

Zu der schlechten Lage auf dem Bauplatz trägt auch die außerordentlich starke Kapitalflucht bei.

Der Wohnungs- und Siedlungsausschuß hat die Arbeit des Unterausschusses einstimmig gutgeheißen und die Vorschläge werden sofort den zuständigen Ministerien überreicht werden.

S. Grünzel.

betroffen wurden, wurden 7789 bestreikt, während 928 gesperrten. Gerade die letzten Zahlen geben bemerkenswerte Aufschlüsse: Die Streiks fanden demnach im wesentlichen in Wirtschaftszweigen mit geringer Konzentration der Unternehmungen statt, die Ausperrungen dagegen in den stark konzentrierten Industrien, wo wenige Riesenbetriebe über das Schicksal Tausender von Arbeitern entscheiden.

erstreben. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Gewerkschaften anerkannt. Kollege Köhl (Berlin) warnte vor Jung nach der Reichshauptstadt Kollege Schulz (Oranienburg) glaubte einen zu starken Einfluß der SPD in den Gewerkschaften feststellen zu müssen.

Baukonferenz im Gau 3.

Am 23. März 1930 fand in Brandenburg a. d. Havel die Baukonferenz des Gaus 3 statt. Die Tagung wurde durch sehr gut vorgetragene Vorträge des Brandenburger Volkschors „Vorwärts“ eingeleitet.

Rechtssprechung und Arbeitskämpfe in den Vereinigten Staaten.

Bei Arbeitskämpfen ist es in den Vereinigten Staaten häufig üblich, daß die Gerichte sogenannte „Einhaltsbefehle“ erlassen, durch die den in diesen Einhaltsbefehlen genannten Personen verboten wird, bestimmte Handlungen auszuführen.

Der Einhaltsbefehl wird im allgemeinen auf Antrag der Arbeitgeber von einzelstaatlichen oder bundesstaatlichen Gerichten erlassen.

Die meisten Einhaltsbefehle richten sich in der Regel gegen die Mittel, mit denen der Streik durchgeführt wird.

Die Einhaltsbefehle gelten zunächst für die in ihnen genannten Personen. Das sind gewöhnlich die Gewerkschaftsführer und die Streikenden, die sich Gewalttätigkeiten haben zuschulden kommen lassen.

Gegen den Einhaltsbefehl können die Beklagten zwar Berufung einlegen, aber bevor diese entschieden ist, haben Streikende und Arbeitgeber oft das Interesse an dem Fall verloren.

Da in den Vereinigten Staaten die Polizei nicht der Bestätigung der staatlichen oder bundesstaatlichen Gerichte untersteht, ist mit dem Erlaß eines Einhaltsbefehles noch nicht dafür Gewähr gegeben, daß das Eigentum geschützt wird.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten hat schon seit dem Erlaß der ersten Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen versucht, sich durch geeignete gesetzliche Vorschriften gegen den Erlaß dieser Befehle zu schützen.

Du sollst

nicht nur deinen Verbandsbeitrag zahlen und denken, damit deine Pflicht als arbeitsloser Arbeiter vollumfänglich erfüllt zu haben. Du hast noch mehr Verpflichtungen gegen deinen Verband.

Du mußt

dich als lebendiges, tätiges Mitglied in dem großen Verbände fühlen, mußt an allem Geschehen in der Gewerkschaft regen Anteil nehmen, mußt immer und überall bestrebt sein, deine Organisation zu stärken, ihr Ansehen zu mehren und ihren Einfluß zu vergrößern.

Du wirst

doch Mitkämpfer und Mitarbeiter an der großen Sache der Arbeiterbewegung sein. Nicht jeder kann an führender Stelle stehen, aber jeder kann an seinem Platze seine gewerkschaftliche Pflicht tun.

unsern Verband stärken und ausbauen!

Am Vormittag wurde der Verbandsfilm „Aufstieg“ vorgeführt. Unsere Kollegen und auch sonstige interessierte Kreise gewannen eine große Werbekraft aus ihm.

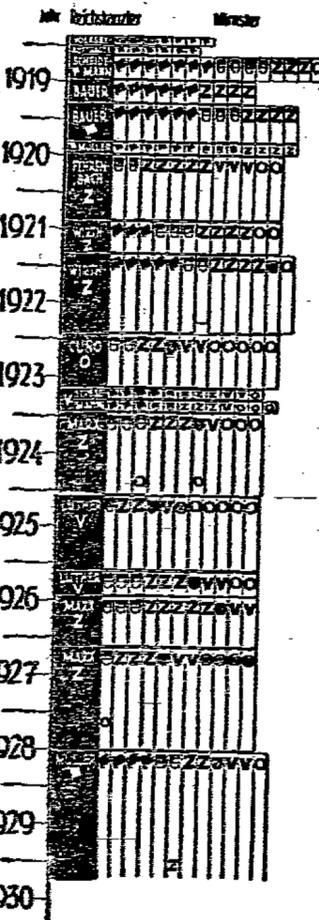
Nach Begrüßungsworten des Kollegen Köhl erhielt der Kollege Otto Adler das Wort zu seinem Vortrag über die Invalidenunterstützung. Der Kollege Adler gab einen Überblick über die Einführung dieses Unterstützungszweiges in den verschiedenen Organisationen, um dann unsere Invalidenunterstützung zu behandeln.

In der anschließenden Aussprache wies der Kollege Köhl darauf hin, daß Änderungen in der Invalidenunterstützung reichlich überlegt werden müssen, wie überhaupt die ganze Sache zu neu sei, um abschließend Stellung nehmen zu können.

Im Bericht der Ganleitung machte der Kollege Köhl besondere Ausführungen über die Haltung der Ganleitung bei den Lohn- und Tarifbewegungen in den einzelnen Industrien und unterzog auch unsere Haltung gegenüber den Kommunisten einer genaueren Prüfung.

Regierungskoalitionen im Reich seit 1919.

Seit dem Bestehen der Deutschen Republik hat das Kabinett Müller nunmehr die längste Amtsdauer zu verzeichnen. Das Kabinett Müller ist das 16. seit Bestehen der Volksregierung und das erste Kabinett der großen Koalition, das sich behaupten konnte, da die beiden Kabinette der großen Koalition unter Dr. Stresemann jeweils nicht ganz drei Monate regierten.



Die Arbeitskämpfe im Jahre 1929.

Das Reichsarbeitsblatt legt die vorläufigen Gesamtergebnisse über die Arbeitskämpfe des Jahres 1929 vor. Bei einem Vergleich mit dem Jahr 1928 springt ins Auge der gewaltige Rückgang der Arbeitskämpfe, sowohl was die Zahl der Arbeitskämpfe, die Zahl der davon betroffenen Betriebe und Arbeiter als die Zahl der verlorenen Arbeitstage anlangt.

der Antitrustgesetzgebung ausgenommen und weiters für die Arbeiter günstige Änderungen der Rechtsverhältnisse geschaffen. Ähnliche Gesetze könnten dann durch die Arbeiter in acht weiteren Staaten durchgesetzt werden. Obwohl das Clayton-Gesetz die Rechtsverhältnisse abändert, hat es sich doch in der Praxis so wenig ausgewirkt, daß erneut die Forderung nach Verbot der Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen erhoben wurde. Der erste diesbezügliche Gesetzentwurf (Shipstead Bill) wurde auf dem 69. und 70. Kongress verhandelt. Dieser Entwurf wurde jedoch von den amerikanischen Gewerkschaften abgelehnt. Der Ausschuss für Gesetzgebung des amerikanischen Senats hat ebenfalls einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der auf dem Gewerkschaftskongress von Toronto auch von den Gewerkschaften angenommen wurde und jetzt die Grundlage für die weitere gesetzgeberische Behandlung dieser Frage bildet.

Der Einhaltsbefehl bei Arbeitsstreitigkeiten gehört zweifellos zu den ernstesten arbeitsrechtlichen Problemen in den Vereinigten Staaten, von dessen Abschaffung bei Arbeitskämpfen auch die Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in den nächsten Jahren weitgehend abhängen wird.

Frauenfragen.

Eine Antwort an die Frauen der „Open Door“.

Die Gewerkschaftspresse konnte nicht kritiklos an der eigenartigen Frauenorganisation der „Open Door“ vorübergehen. „Open Door“ heißt: Offene Tür. Was wollen die Frauen der „Open Door“? Freie Bahn der Frau im Berufsleben. Kein Mutterschutz, kein Schwangerschaftsschutz, kein Verbot der Nacharbeit, wie das in England rigoros durchgeführt ist. In den Jahren 1928 und 1929 wandte sich der Staat der „Open Door“ an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Amerikas und Englands mit Petitionen. Das veranlaßte das „Womens Bureau of the U. S. A. Departement of Labor“ (Amtliches Frauenbüro des amerikanischen Arbeitsministeriums), eine Untersuchung über die Materie zu veranlassen. Nun hat auch das englische Arbeitsministerium der Arbeiterregierung eine ähnliche Untersuchung durchgeführt und in einem „Weißbuch“ veröffentlicht unter dem Titel: „Eine Studie über die Faktoren, die in Vergangenheit und Gegenwart die Art der Frauenarbeit in der Industrie beeinflussen.“

Die große Bedeutung dieser Studie liegt darin, daß hier von der englischen Regierung eine Antwort gegeben wird an die Frauenforderlinge der „Open Door“. In diesem „Weißbuch“ lesen wir:

„Sie (die „Open-Door“-Vertreterinnen) behaupten, die Fabrikgesetzgebung, die nun in England einen mehr als hundertjährigen Wirkungsbereich hinter sich hat, und zum Schutz der Frauen erlassen wurde, sei zu dem Zweck geschaffen worden, um die Frau als Industriearbeiterin in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hemmen, weil die Unternehmer, getrieben durch die für Frauen geschaffenen Arbeiterschutzbestimmungen dazu neigen, lieber Männer als Frauen zu beschäftigen. Auch wird behauptet, durch die für Frauen geschaffenen Schutzbestimmungen würden sie in ungelernete Berufe abgedrängt.“

„Die Frage, ob der Arbeiterinnenschutz den Frauen in Vergangenheit und Gegenwart hinderlich war, ist eine positive Feststellung, und das Regierungsdepartement zur Überwachung der gesamten Arbeiterschutzesetzgebung hielt es angesichts der bevorstehenden gesetzgeberischen Bemühungen zur Verbesserung dieser Gesetzgebung für angebracht, die aufgestellten Behauptungen zu überprüfen.“

In kurzer, aber eindrucksvoller Art gibt also das englische Weißbuch den Frauen der „Open Door“ eine gute Antwort auf ihre Behauptungen, und es lohnt sich, die Feststellungen näher zu erörtern. Die Untersuchung zerfällt in drei Abteilungen: 1. Statistische Informationen über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in verschiedenen Zeitschnitten. 2. Information über die Beschäftigung von Arbeiterinnen verschiedener Stufen industrieller Entwicklung. 3. Mitteilungen über die Ursachen, die Einfluß auf die Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung von Frauen in bestimmten Industrien haben.

Es genüge hier die Feststellung der Tatsache, daß der Arbeiterinnenschutz wenig oder gar nichts zur Verdrängung der Frau aus dem Beruf beigetragen hat, im Gegenteil hat die Frauenarbeit trotz der vielen in den letzten 40 Jahren durchgeführten Verbesserungen des Arbeiterinnenschutzes zugenommen. In der Textilindustrie, wo die Frauenarbeit von jeher recht bedeutend war, war die Vermehrung der Frauenarbeit naturgemäß gering; sie stieg von 60,53 v. H. im Jahre 1890 auf 63,89 v. H. im Jahre 1928. Männerarbeit sank in dieser Zeit von 39,47 v. H. auf 36,11 v. H. In der Weberei sank der Anteil der Männer von 43,53 v. H. auf 39,86 v. H., der Anteil der Frauen aber stieg von 57,25 v. H. auf 60,14 v. H. In den Papier- und Buchdruckereibetrieben fiel der Anteil der Männer von 73,18 v. H. auf 62,55 v. H.; der Anteil der Frauen stieg aber von 26,82 auf 37,45 v. H. In den Färbereien sank der Anteil der Männer von 72,91 auf 67,68 v. H.; der Anteil der Frauen stieg von 27,09 auf 32,32 v. H. In der Chemie sank der Männeranteil von 90,44 auf 81,31 v. H.; der Frauenanteil aber stieg von 9,56 auf 18,69 v. H. In den sogenannten neuen Industrien, wie beispielsweise Kunstseide, stieg der Anteil der Frauen bedeutend mehr. Besonders die Textilindustrie zeigt am deutlichsten die Unstimmigkeit der Behauptungen der Frauen der „Open Door“. Bekanntlich bildeten die Frauen hier stets die Mehrheit der Industrie, und trotz allem Arbeiterinnenschutz blieb dieses Verhältnis bestehen.

Die industrielle Frauen- und Kinderarbeit begann bekanntlich mit der Erfindung des mechanischen Spinn- und Webstuhles. Brutalste, entwürdigende Ausbeutung „en masse“ feierte grausame Orgien. Stille Mütter mit ihren Kindern bei 16stündiger Arbeitszeit in schmutzigen, ungesunden Höhlen, genannt Fabriken, das war der Gang der Dinge. „Marie, wie siehst du schlecht aus heute morgen“, sprach einstens, als es noch keinen Arbeiterinnenschutz gab, ein Aufseher zu einer jungen Frau in der Weberei. „Sie würden auch nicht anders aussehen“, antwortete das arme, kranke Geschöpf, wenn Sie heute morgen ein Kind geboren hätten, wie ich.“ Das war einstens die rechtliche Lage der Arbeiterinnen, die die Frauen der „Open Door“ wieder herbeiführen. „Der Rat“ dieser Frauen entspringt nicht den Kreisen der

Arbeiterinnen, die Fabrikklavin und Hausfrau in einer Person verkörpern. Der zuerst in England eingeführte Arbeiterinnenschutz folgte einem Gebot des Selbsterhaltungstriebes der menschlichen Gattung. Es ist doch auch kein Zufall, daß der Gedanke der Frauengleichheit erst in den letzten 50 Jahren festen Fuß faßte, also erst nach Ausdehnung des Arbeiterinnenschutzes in den Vordergrund trat. Der Arbeiterinnen- und Mutterschutz stählte doch erst den Willen zur Freiheit. Unter der Parole „Schutz für Frau, Mutter und Kind“ wurde der Gedanke des Arbeiterschutzes erst geboren. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als die berühmten Philanthropen, wie Lord Shaftsbury, ihre Stimme trotz scharfsten Widerstandes des gesamten Unternehmertums in England für den Arbeiterschutz erhoben, taten sie es mit Rücksicht auf die eigenartige biologische Beschaffenheit der weiblichen Konstitution. In England kennt man sonderbarer Weise bis zum heutigen Tage keinen Arbeiterschutz für Arbeiter. Wo aber die Frauen zurückgedrängt wurden, „da war es nicht“, wie das Weißbuch hervorhebt, „Schuld des Arbeiterinnenschutzes; es waren eben Dinge, in der Industrie selbst begründet“. Es ist verantwortungslos, wenn unwissende Frauen der besitzenden Klasse von „absoluter Gleichheit für Mann und Frau“ fesseln, was an folgendem Gleichnis klar gemacht werden soll: Wer wollte einer Frau, die gerade ein Kind zur Welt gebracht hat, zumuten, in ihrem kranken Zustand etwa doppelzentnerschwere Gegenstände zu schleppen? Und da wagen es die Frauen der „Open Door“, den gewerkschaftlichen Kampf, der die Menschenwürde der Frau ganz gewaltig hob, zu verunglimpfen? Nicht mit Unrecht heißt es im Weißbuch:

Der Lohnabbau,

den die Unternehmer wünschen und den sie als einziges und sicherstes Mittel zur Rettung der Wirtschaft und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit anpreisen, bedroht die ohnehin dürftige Lebenshaltung der Arbeiterschaft mit neuen Verschlechterungen. Dazu kommt noch die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, durch die Fülle der reaktionären Brüning-Regierung.

Die Sozialreaktion,

die sich in den wiederholten Angriffen auf die Arbeitslosenversicherung, in der geplanten Verschlechterung der Krankenversicherung gerade jetzt wieder sehr lebhaft zeigt, vergrößert die Unsicherheit der wirtschaftlichen Grundlage des Arbeiterhaushalts. Alle Opfer soll die Arbeiterschaft tragen, alle Gewinne sollen den besitzenden Klassen bleiben; das ist das Ziel, dem Regierung, Unternehmer und Agrarier zusteuern.

Die Abwehr

dieser arbeiterfeindlichen Bestrebungen kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Arbeiterschaft sich in den gewerkschaftlichen Organisationen fester denn je zusammenschließt. Wirtschaftliche und politische Zerspaltung ist wirtschaftlicher und politischer Untergang. Die beste Sicherung deiner Lebenshaltung, die beste Waffe im Kampfe gegen Lohnabbau und Sozialreaktion sind die freien Gewerkschaften. Stärke sie, werbe für

deine Organisation!

„Die verschiedenartige Verteilung der Aufgaben in der Industrie zwischen Mann und Frau ergibt sich hauptsächlich aus dem Unterschied der Fähigkeit und der Stärke. Als der mit der Hand betriebene Spinn- und Webstuhl bestand, die ganze Arbeit in der Hausindustrie betrieben wurde, auch da wurde die schwerste Arbeit von den Männern verrichtet. Die Männer standen an den schweren Stählen, während sich die Frauen mit Krempeln, Rämmen und Spinnen begnügten. Als die Maschine die Handarbeit verdrängte, fand auch ohne Arbeiterinnenschutz ganz von selbst eine Vertauschung der Rollen statt. Die ersten Spinnmaschinen stellten größere physische Anstrengungen und Anforderungen, so daß für die Spinnarbeit Männer statt Frauen beschäftigt wurden, während die Frauen leichtere Arbeiten verrichteten. Es scheinen hier Naturgesetze zu walten, die sich allen Anschauungen zum Trotz einfach stillschweigend durchsetzen.“

Freilich spielen auch „lokale“ Ansichten bei der Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau eine nicht unbedeutende Rolle: „Säufig hängt die Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau von lokalen Verhältnissen und Überlieferungen ab. Beispielsweise gibt es in Birmingham Arbeiten, die für die Frau als unpassend betrachtet werden, aber wieder in anderen Gegenden des Landes ohne weiteres als Frauenarbeit gelten. Es kommt vor, daß in einer Fabrik bestimmte Arbeit von Frauen verrichtet wird, was von der Belegschaft einer anderen Fabrik als für Frauen „unpassend“ nicht zugelassen wird. So gibt es Zweige der Metallindustrie, wo in einer Fabrik das Polieren von Frauen gemacht wird, in der anderen aber von Männern, und zwar aus dem Grunde, weil sie nie sahen, daß auch Frauen solche Arbeiten verrichteten.“

Solche Dinge haben freilich mit dem Arbeiterinnenschutz gar nichts zu tun. Wo Hemmungen dieser Art bestehen, sind sie das Resultat von Unverständnis oder auch Mangel an Widerstandskraft seitens der Arbeiterinnen, die es nicht verstehen, sich durchzusetzen — und darauf kommt es doch schließlich an. Bemerkenswert für diese Mentalität war der Krieg und die erste Nachkriegsperiode. Nach Ausbruch des Krieges wurden Frauen zu Arbeiten herangezogen, die vorher nur als „Männerarbeiten“ galten. Zwischen den englischen Gewerkschaften und den Unternehmerorganisationen kam es deshalb zu Verhandlungen und Vereinbarungen, wonach „die Männer nach Rückkehr aus dem Felde ihre alten Plätze wieder einnehmen“ sollten. Es heißt hierüber im Weißbuch:

„Ganz abgesehen von Vereinbarungen herrschte im allgemeinen zwischen den Frauen und der öffentlichen Meinung Übereinstimmung darüber, daß die Frauen nach dem Kriege den Männern wieder weichen müßten. In den seltensten Fällen blieben die Frauen in den vorübergehend angenommenen

Stellungen, besonders wenn es sich um verheiratete Frauen handelte. Unverheiratete Frauen traten nach der Verhehlung zurück, und heute werden auch diese Arbeiten wieder von Männern verrichtet. . . . Die Frauen betrachteten auch die Kriegsarbeit als Arbeit im Dienste des Vaterlandes; sie dachten gar nicht daran, sich für die Erhaltung „des Privilegs“ einzusetzen. . . .“

Dann heißt es: „Die rapide und reibungslose Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen beweist klar und deutlich, daß sich die Verteilung der Arbeit in der Industrie zwischen Männern und Frauen natürlich und ganz von selbst vollzieht.“ Alles in allem enthält das Weißbuch eine scharfe Abfuhr für die Frauen der „Open Door“, gleichzeitig aber auch eine glänzende Verteidigung für die mühevollen und aufopfernde Arbeit der Gewerkschaften zugunsten eines wirkungsvollen Arbeiterinnen- und Mutterschutzes. B. Weingart.

Arbeiterschutzes und Arbeiterversicherung.

Die Arbeits- und Gewerbehygiene auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

Unter den wissenschaftlichen Gruppen der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 verdient die Gruppe „Arbeits- und Gewerbehygiene“ besondere Beachtung. Sie wird im Einvernehmen mit dem Deutschen Hygiene-Museum von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene zusammengestellt und sucht zum ersten Male im Rahmen einer großen Ausstellung den Gedanken der Arbeitshygiene umfassend zur Darstellung zu bringen. Wie Hygiene überhaupt die Wandlung von der Schadenbekämpfung zur Lehre vom gesunden Leben durchgemacht hat, so auch die Arbeitshygiene im besonderen. Daher treten hier neben der Schilderung der bei der Arbeit auftretenden Gefahren immer mehr solche Darstellungen in den Vordergrund, die die Bedingungen und Formen richtiger, natürlicher, gesunder Arbeit im weitesten Sinne zeigen wollen.

Richtige, gesunde Arbeit heißt solche Arbeit, in der und durch die der Mensch als physisches und psychisches Wesen sich voll zu entfalten vermag. Praktisch bedeutsam ist dieses Ziel nicht nur deshalb, weil der Mensch in der ihm natürlichen Arbeit seine höchstmögliche innere Befriedigung findet, sondern — und das verdient heute besonders hervorgehoben zu werden — auch deshalb, weil allein diese Form das höchste Maß an Leistung, an Erfolg gestattet.

So bildet die Darstellung der gewerblichen Schädigungen und Gefahren (Staub, Gifte, klimatische Bedingungen, Unfallverhütung) nur einen Teil der Gesamtschau. Und auch bei ihm wird noch vielfach von den herkömmlichen Ausstellungsformen insofern abgewichen, als immer wieder der Mensch als Ganzes in den Vordergrund tritt und die Darbietungen sich an ihn und sein Verständnis der ihn bedrohenden Gefährdungen wenden. Symbolisch dafür sind die Leitgedanken des Teiles „Unfallverhütung“: der bessere Arbeiter ist der unfaßlichere Arbeiter! — der bessere Betrieb ist der unfaßlichere Betrieb! — die bessere Konstruktion ist die unfaßlichere Konstruktion! — Die Verwirklichung dieser Leitgedanken gestattet es, in der Auswahl der Darstellungen mannigfach von dem bereits Bekannten abzuweichen und vieles Einzelne lebendiger als es bisher möglich war, darzustellen. In breiter Ergänzung der eben genannten Stoffe sucht die Gruppe dann in größeren Zügen ein Bild dessen zu geben, was wir heute bereits über die Formen und Bedingungen richtiger Arbeit wissen.

Die Krankenkassen 1929.

Mit dieser Unterschrift brachten wir in der Nummer 14 des „Proletariats“ ein Schaubild mit Text. Im Text ist in bezug auf die Verwaltungskosten der Krankenkassen ein Fehler enthalten, der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen dahin berichtigt wurde, daß die Verwaltungskosten nicht bei den Ortskrankenkassen am höchsten sind, sondern prozentual am höchsten bei den Landkrankenkassen und absolut am höchsten bei den Innungskrankenkassen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Bank der christlichen Gewerkschaften Münchens in Konkurs.

Die Bayerische Eisenbahnerbank A.-G. in München hat ihre Zahlungsunfähigkeit erklären müssen. Die Bank arbeitete in enger Verbindung mit verschiedenen christlichen Gewerkschaften Bayerns, die sogar die Mehrheit der Aktien in Händen haben. Diese christlichen Verbände sind durch den unerwarteten Konkurs der Bank schwer geschädigt worden. Eine große Zahl kleiner Sparer aus den Mitgliebertreibern der Gewerkschaften hat ihre Spargroschen vollkommen verloren. Den Verpflichtungen der Bank, die rund 5 1/2 Millionen Mark betragen, stehen nur etwa eine Million Aktiva gegenüber, so daß der Verlust der Spargelder nahezu vollkommen ist. Von den christlichen Gewerkschaften Münchens werden die schwersten Verluste angemerkt. Der christliche Metallarbeiterverband München verliert 90 000 Mark, der christliche Bekleidungsarbeiterverband München 40 000 Mark, der Bayerische Eisenbahnerverband dürfte sein Verbandsvermögen fast ganz einbüßen.

Die Ursache dieses Bankraches, der für die christlichen Gewerkschaften Münchens eine schwere Katastrophe bedeutet, soll in der absoluten Unfähigkeit der Bankleitung und in ihren gewagten Spekulationen liegen. Eine geordnete Geschäftsführung sei schon seit Jahren nicht mehr gewesen. Trotz riesiger Spekulationsverluste sind jahrelang 12 Prozent Dividende gezahlt worden, um nach außen das Ansehen der Bank zu wahren. Die Leidtragenden bei diesem Zusammenbruch sind wiederum die Arbeiter, die ihre sauer verdienten und mühsam zurückgelegten Groschen einem unsicheren Unternehmen anvertrauten. Für die christlichen Gewerkschaften Münchens wird es schwer sein, die Folgen des Konkurses ihrer Bank zu überwinden.

Ausland.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

Das Jahr 1929 zeigt, wie das Statistische Reichsamt mitteilt, gegenüber dem Vorjahr ein durchschnittliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Doch ist die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, die Schweiz, Norwegen und Dänemark weisen eine geringere Arbeitslosigkeit auf als im Vorjahr; Deutschland, Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Finnland und Estland dagegen eine wesentliche höhere. Übereinstimmend ist bei allen Ländern die die saisonmäßige Verschlechterung der Arbeitsmarktlage weit übertreffende Zunahme der Arbeitslosen in den letzten Monaten 1929 festzustellen, so daß in diesen Monaten fast überall die Arbeitslosigkeit über dem Vorjahrsstand lag. In einzelnen verzeichnet Großbritannien auf 1,5 Millionen Arbeitslose

(Februar 1930), Italien knapp 500 000, Österreich 275 000, Polen 250 000 (sämtlich Januar 1930), Rußland 1,5 Millionen (Monatsdurchschnitt 1929), während die Vereinigten Staaten, über deren Arbeitslosigkeit nur genaue Ziffern nicht vorliegen, eine ungeheure Arbeitslosigkeit von etwa 5 Millionen Menschen haben dürften.

Rundschau.

Raymond Lavigne, der Vater des Gedankens der Maifeier, ist kürzlich in Bordeaux gestorben. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1899 in Paris wurde der Achtfundentag als eine Forderung des internationalen Proletariats aufgestellt, und man beriet Mittel und Wege, um dieser Forderung eine breite Öffentlichkeit zu geben, sie widerhallen zu lassen in Millionen Herzen derer, die noch unter einer unmenschlich langen Arbeitszeit litten. Da stellte Raymond Lavigne den Antrag, einen Propagandatag in der Form einer Feier für diese Forderung zu veranstalten. Der Beschluß wurde angenommen, ohne daß er auf dem Kongress selbst als besonders wichtig und bedeutsam empfunden worden wäre. Man setzte als Datum für die Durchführung dieses Beschlusses den 1. Mai 1890 fest. Auf diesen Tag war man gekommen, weil die Amerikaner schon vor längerer Zeit an demselben Tage Demonstrationen für den Achtfundentag in den gesamten Vereinigten Staaten festgelegt hatten. Der Gedanke, eine Feier, ein spezielles Arbeiterfest als Propaganda für den Achtfundentag zu schaffen, kommt Raymond Lavigne zu. Er fand 1890, als der Tag zum erstenmal gefeiert wurde, besonders in Deutschland und Österreich ungeheuren Anklang, trotz der großen politischen Schwierigkeiten, die sich seiner Durchführung entgegenstellten; denn man befand sich in Deutschland ja noch unter dem Sozialistengesetz, dessen Ende allerdings durch den überwältigenden Sieg bei den Wahlen im Februar 1890 entschieden worden war. — Raymond Lavigne ist stets ein eifriger Sozialist gewesen, aber er trat innerhalb der Bewegung nicht stark hervor. Er war seit 1881 Mitglied der französischen Arbeiterpartei, wie sie sich damals nannte, und wurde 1888 Sekretär der Nationalvereinigung der Gewerkschaften Frankreichs. Außerdem war er auch noch in der Genossenschaftsbewegung tätig.

Berichte aus den Zahlstellen.

Angsburg. Die Zahlstelle Angsburg des Verbandes der Fabrikarbeiter hat bei den Betriebsräte wahlen 1930 zweifellos große Erfolge erzielt. Soweit sie in den Betrieben nicht allein dominierend ist, hat sie doch die absolute Mehrheit. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt der überaus tüchtigen Ortsverwaltung zuzuschreiben. Nachfolgend eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse:

Table with 4 columns: A. Chemie, B. Papier, C. Sonstige Industrien, and sub-columns for different types of factories and their results.

Das Ergebnis von einigen Betrieben steht noch aus. Es besteht aber kein Zweifel, daß in jenen Betrieben das Wahlergebnis genau so günstig ist wie in den vorher genannten Betrieben. Bemerkenswert ist, daß außer den Christlichen von keiner anderen Gewerkschaftsrichtung oder Parteigruppe eine Gegenliste aufgestellt wurde. Wahrscheinlich hatte man sich von der Arbeitslosigkeit eines Erfolges schon vorher überzeugt.

Angsburg. Am 8. April ließ die Betriebsleitung der Kammfaserfabrik Bobingen auf Grund einer Vereinbarung mit dem Fabrikarbeiterverband eine geheime Abstimmung innerhalb ihres Betriebes darüber vornehmen, ob am 1. Mai die Arbeiterarbeit zu leisten will oder ob die Arbeit ruhen soll. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Stimmberechtigter waren 978, abgestimmt haben 745, für Arbeitsruhe haben gestimmt 571, gegen Arbeitsruhe 174, unglücklich waren 39. Es hatten somit mehr als 75 Prozent für Arbeitsruhe gestimmt. Damit ist für den 1. Mai die Arbeitsruhe beschlossen. Es ist zu wünschen, daß die Betriebe in der Großstadt dieses Beispiel der Bobinger Arbeiterarbeit nachahmen.

Köln. Am 13. April hielt die Bezirkszahlstelle Köln eine Konferenz für die Zahlstellen ab. Als Delegierte waren 39 Vertreter aus acht Ortsgruppen erschienen. Für die Konferenz war der Kollege Wiefenhäuser (Christlich) auswendig. Kollege Kämmerer legte in seinem Vortrag 'Wirtschaftsfrage und Agitationsarbeit' die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit dar. Der Kampf für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung hat mit zum Rücktritt der Regierung Müller geführt. Die Abpernung des Auslandskapitals, die vor allem gegen die öffentlichen Körperschaften und Betriebe zur Anwendung gekommen ist, hat zur Einschränkung vieler Arbeiter geführt, wodurch der Arbeitsmarkt weiter belastet wird. Deshalb fordert die Gewerkschaften zur Bekämpfung der Konjunktur Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Anhebung der Kapitalsteuer. Unter Hinweis auf die Änderungen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den Vorkriegsjahren und den Begleiterscheinungen: Rationalisierung zeigte der Redner an Hand von Zahlen den Produktionsrückgang in den verschiedensten Industriezweigen an. Auf die Konjunktur der arbeitenden Bevölkerung für die Höhe der Löhne hat die Rationalisierung keine günstigen Wirkungen ausgeübt. Das zeigt sich in dem Unterschied zwischen den freien Preisen und den gebundenen, d. h. den Kartellpreisen. Hier wirken die Kartelle gegen eine den Warenmarktsverhältnissen entsprechende Verbilligung der Gebrauchsgüter. Eine Wiederbelebung der Konjunktur wird besonders im Jahresschlusse noch nicht so schnell eintreten. Die allgemeine Lage der Wirtschaft hat die Arbeiter zu Sorgen gegen die Löhne und die Sozialgesetzgebung ermuntert. Es scheint bei den Syndikaten der Arbeitgeberverbände höchste Wirtschaftswirtschaft zu sein, die Kaufkraft der breiten Massen weiter zu schwächen, fast ausschließlich durch Preisermäßigungen und Lagerhaltung den inneren Markt zu kühlen und zu betören. Diesen Absichten des deutschen Kapitalismus, das durch die neue rechtsgerichtete Regierung sich Hilfe gegen die Arbeiterarbeit verschafft und erhält, müsse durch verstärkten Kampf der Gewerkschaften begegnet werden. In den Ortsgruppen sind darum in den nächsten Wochen die nach etwa bestehende Listen anzufertigen, die nach unorganisierten Kollegen zu gestalten und in die Organisationskommissionen zu der Bekämpfung

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang April 1930.

Die Frühjahrseinsparung auf dem Arbeitsmarkt legt nur sehr zaghaft ein, weit langsamer als in den Vorjahren. Sie wird stark gehemmt durch den konjunkturellen Tiefstand der allgemeinen Wirtschaft. Die Arbeitsmarktentwicklung in den Saisonindustrien zeigt deutlich, daß auch die Saisonindustrien in Wirklichkeit Konjunkturindustrien sind, bei denen die Konjunkturschwankungen durch das Auf und Ab der Saisonbewegung nur überdeckt wird. Auch die Stärke des Saisonaufschwunges hängt von der allgemeinen Lage der Konjunktur ab.

Wie unterschiedlich der Frühjahrseinsparung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren gewesen ist, zeigt folgende Gegenüberstellung der Veränderungen in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung der letzten vier Jahre:

Table showing the number of main support recipients in the unemployment insurance and unemployment insurance of the last four years, categorized by month and year.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen war am 31. März 1930 höher am 1 000 000 als am 31. März 1927, um 1 100 000 als am 31. März 1928, um 250 000 als am 31. März 1929.

In den hohen Arbeitslosenzahlen drückt sich die allgemeine Verschlechterung der Konjunktur aus.

Die Arbeitslosenstatistik innerhalb unseres Verbandes zeigt für Anfang April nur einen recht geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat. Nur um 1,1 v. H. ist die Verhältniszahl gesunken, während sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres um 4,1 v. H. zurückging. Dabei sind in diesem Jahre die Witterungsverhältnisse weit günstiger für die Arbeitsaufnahme der Außenbenutzten als im Vorjahre. Von unserer Arbeitslosenstatistik Ende März wurden insgesamt 454 251 Mitglieder erfasst. Das sind circa 97 Prozent der Mitgliedschaft. 26 Zahlstellen mit insgesamt 8000 Mitgliedern fielen in der Berichtserstattung aus. Die Berichtskarten gingen entweder gar nicht oder verspätet ein. Von den von der Statistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 90 544 oder 19,9 v. H. arbeitslos, und 48 309 oder 10,6 v. H. 11,6 v. H. arbeiteten verkürzt. Die Verhältniszahl für die voll arbeitenden Mitglieder des Verbandes für Ende März 1930 betrug 76,5 v. H., hingegen in der gleichen Zeit des Vorjahres 82 v. H. Sie ist also in diesem Jahre um 5,5 v. H. geringer.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes verhält, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Table showing the employment rate in various industrial groups of the union, categorized by industry type.

wurden von den Delegierten die Verhältnisse in den einzelnen Ortsgruppen dargelegt und die Agitationsmöglichkeiten besprochen. Kollege Wiefenhäuser verweist insbesondere auf die Auswirkung der Politik der neuen Regierung im Verhältnis zum Ausland. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden vom Kollegen Kämmerer 'Fragen des Arbeitsrechts' behandelt. Im letzten Punkt, 'Zahlstellenangelegenheiten', wurden Lohn- und Tariffragen sowie interne Angelegenheiten besprochen. Kollege Kämmerer verweist dann noch auf das in diesem Jahr eintreffende 40jährige Bestehen der Organisation und die dazu erscheinende Festschrift. Diese soll unter den Mitgliedern vertrieben werden, damit rückschauend Weg und Ziel, Aufbau und Arbeit der Organisation gewürdigt werden können.

Verbandsnachrichten.

Dank.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die mir aus Anlaß meines Angestellten-Jubiläums Zeichen der Freundschaft und Kollegialität übermitteln ließen, sage ich auf diesem Wege besten Dank.

Die Abrechnung für das I. Quartal haben eingelangt:

- List of names and locations of members who have paid their quarterly dues, including various industrial workers from different regions.

Don 100 Mitgliedern waren arbeitslos.

Table showing the number of unemployed members in different industrial groups at the end of February and March.

Die Veränderungen des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industriezweigen gegenüber dem Vormonat sind recht gering.

Table showing changes in the labor market in different industrial sectors compared to the previous month.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes hat den ungünstigsten Beschäftigungsgrad die Provinz Ostpreußen mit 41 v. H. Arbeitslosen, was gegenüber dem Vormonat eine weitere Verschlechterung bedeutet. Weniger Verschlechterungen weisen die Bezirke Hessen und Hessen-Nassau und das linke und rechte Rheinland auf. Den günstigsten Beschäftigungsgrad haben nach unserer Statistik Württemberg mit 11,6 v. H., Nordmark mit 14,6 v. H., und Niederachsen mit 16 v. H. Arbeitslosen.

Die Zukunftsaussichten für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes sind immer noch sehr ungnstig. Der helle Silberstreifen am Horizont, der als Wirkung der Reparationsregelung guffig ist, durch die reaktionäre Sozial-, Handels- und Wirtschaftspolitik der Brüning-Regierung wieder verdeckt.

Ausgeschlossen.

- List of names and locations of members who have been excluded from the union, with reasons for exclusion.

Literarisches.

Verlag Karl Zwang, Jena. Preis 2,50 Mk. Ein Rückblick, eine Anklage und ein Programm für die Berufsschule der Fabrikarbeiter nennt der Verfasser sein Buch. ... Der Alkohol auf der Arbeitsstätte. In einer Broschüre des Deutschen Arbeiter-Abkommens-Bundes, Berlin SO 16, Engelauer 24/25, behandelt der Verfasser Job, ...

Chemische Industrie

Vom Stickstoffsyndikat zum Stickstoffmonopol.

Es gibt wenig Produktionszweige der deutschen Wirtschaft, die einen so stürmischen Weg der Entwicklung zurückgelegt haben, wie es bei der Stickstoffindustrie der Fall ist.

Die I.-G. Farbenindustrie, lange Zeit auf dem Verfahren der synthetischen Stickstoffgewinnung von Haber-Bosch fußend, ist jahrelang die beinahe unumsriffene Produzentin von künstlichem Stickstoff gewesen; bis ihr aus den Kreisen der Bergbauindustrie ernstliche Konkurrenten entstanden sind. Während die I.-G. Farbenindustrie bei der Produktion zunächst die erforderlichen Gasarten herstellen muß, verwenden die Stickstoffwerke des Bergbaues die bei der Kohlegewinnung anfallenden Abgase. Dieser Kampf auf dem Stickstoffgebiet zwischen den beiden Interessengruppen hat zu einer riesigen Entwicklung der Produktionsstätten geführt, wodurch die Gefahr entstand, daß bei Fortdauer dieses Kampfes das Mißverhältnis zwischen Erzeugungsfähigkeit und Absatz zu schweren Krisen auf dem Stickstoffmarkt führen mußte. Auf die Einzelheiten dieses Gruppenkampfes wollen wir hier nicht näher eingehen, wir haben im „Proletarier“ Nr. 7 dieses Jahres unter „I.-G. Farbenindustrie — Ruhrstickstoff“ die produktionsstechnischen Einzelheiten erläutert.

Die dort geschilderten Bestrebungen, den unausbleiblichen Konkurrenzkampf durch produktionsstechnische und preispolitische Bindungen auszuschalten, sind nunmehr zu einem Abschluß gelangt. Nach längeren Verhandlungen ist die Erneuerung des Stickstoffsyndikats zum Abschluß gekommen. Die Verträge sind bereits unterzeichnet worden. Das neue Syndikat beginnt am 1. Juli d. J. auf eine Dauer von 7 Jahren.

Der Abschluß des neuen Syndikatsvertrages bedeutet für die I.-G. Farbenindustrie, zur Zeit die Hauptproduzentin von synthetischem Stickstoff, einen ungeheuren Erfolg, denn es fallen ihr rund drei Viertel der ganzen deutschen Erzeugung an künstlichem Stickstoff zu.

Während das frühere Stickstoffsyndikat, das von 1919 bis Ende 1929 bestand, folgende Gruppen umfaßte:

1. I.-G. Farbenindustrie (damals Badische Anilin- und Sodafabrik),
2. Bayerische Stickstoffwerke (Kalkstickstoffgruppe),
3. Deutsche Ammoniakverkaufsvereinigung (Zechenammoniak),

dem später noch die Stickstoffbetriebe der Zechenunternehmungen beitraten, wird das neue Syndikat nahezu 100-prozentig die deutschen Stickstoffbetriebe umfassen. Wenn die Verhandlungen mit der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Ewald und der Stickstoffwerke-WG. Waldenburg erfolgreich verlaufen, sind etwa 98 Prozent der gesamten deutschen Stickstoffherzeuger im Stickstoffsyndikat vertreten. Das Ergebnis gestaltet sich noch günstiger, da dem Vernehmen nach die Produktion der Lonza-Werke, der Elektrokemischen Fabriken, G. m. b. H., Waldshut (Baden), und der Kalkchemie-WG., Berlin, durch das Syndikat mit verkauft wird.

Die Kontingentierung der einzelnen Stickstoffherzeuger an der Gesamtproduktion ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Gruppen- bzw. Gesellschaften	Jährliche Quote in Tonnen Reinstickstoff
I. I.-G. Farbenkonzern:	
1. I.-G. Farbenindustrie selbst	750 000
2. Norsk Hydro (norwegische Beteiligung)	90 000
3. WG. für Stickstoff-Dünger in Knapsack (Kalkstickstoff)	22 500
II. Deutsche Ammoniakverkaufsvereinigung (Zechengruppe):	
1. Synthetische Stickstoffgruppe	110 000
2. Ammoniakherzeugung der deutschen Kokereien	90 000
III. Bayerische Stickstoffwerke, WG.	90 000
IV. Kohlewerke und chemische Fabriken, WG.	6 000
V. Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke	6 000
zusammen:	1 164 500

Beachtlich ist, daß neben der Erzeugung von Stickstoffdüngern außerdem der Verkauf aller stickstoffhaltigen Düngemittel im In- und Auslande grundsätzlich dem Stickstoffsyndikat vorbehalten ist, das ebenfalls alle Stickstoffherzeugnisse für technische Verwendungszwecke, Salmiakgeist, Salpetersäure, Ammoniak usw. verreibt.

Den Kokereien und Gasanstalten wurde ein Recht auf einen bevorzugten Absatz von schwefelsaurem Ammoniak gewährt, das in diesen Anlagen als Nebenprodukt gewonnen wird. Dafür müssen die Kokereien und Gasanstalten als Gegenleistung für die Absatzgarantie eine bestimmte Geldentschädigung pro Kilogramm Stickstoff zahlen.

Inwieweit die durch das neue Stickstoffsyndikat verfügbare Stickstoffmenge den Absatzmöglichkeiten entspricht, muß die zukünftige Entwicklung ergeben. Von Wirtschaftskreisen wird die Meinung vertreten, daß die Aufnahmefähigkeit des Marktes nach den jetzigen Verhältnissen etwa 1 Million Tonnen Stickstoff beträgt. Dabei ist noch damit zu rechnen, daß die verfügbare Menge durch Ausbau einiger Betriebe wächst. Namentlich der Ausbau der Stickstoffbetriebe im Ruhrrevier würde zur Folge haben, daß bis zum Jahre 1933 weitere 50 000 Tonnen Stickstoff zur Verfügung ständen, wodurch die Gesamtproduktion der deutschen Stickstoffindustrie 1 214 500 Tonnen betragen würde.

In der freien Wirtschaft würde zweifellos eine solche Industrieentwicklung zum Konkurrenzkampf und damit zur Preisherabsetzung führen, wodurch im Interesse der Landwirtschaft Preisrückgänge eintreten müßten. Das neue Stickstoffsyndikat schafft durch seine Organisation ein fast geschlossenes Monopol der deutschen Stickstoffproduzenten. Man wird im Interesse einer stabilen Preispolitik und damit gleichmäßiger Gewinnaussichten der Syndikatsmitglieder unter Umständen auch vor Produktionsdrosselungen nicht haltmachen, denn es scheint nach den Verhältnissen auf dem Stickstoffmarkt in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ausgeschlossen, daß die Quotenanteile reiflos ausgenutzt werden können. Neben dieser inländischen Bindung der Stickstoffproduzenten scheint

aber auch bereits eine Brücke geschlagen zu sein zu einer weitgehenden Verständigung in der internationalen Stickstoffindustrie. Interessant ist in dieser Hinsicht, daß die norwegische Gesellschaft Norsk Hydro, an der die deutsche I.-G. Farbenindustrie maßgebend beteiligt ist, mit in das Deutsche Stickstoffsyndikat aufgenommen worden ist. Von dort aus bestehen sehr enge Bindungen mit den übrigen ausländischen Stickstoffproduzenten, namentlich dem englischen Chemietrust und der Salpeterindustrie Chiles. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sich in absehbarer Zeit diesem Zusammenschluß der internationalen Stickstoffproduzenten auch die belgischen und französischen Stickstoffgesellschaften (Kuhlmann) anschließen, wodurch ein europäisches Stickstoffmonopol im größten Ausmaße geschaffen würde. Nahezu 75 Prozent der gesamten Stickstoffindustrie der Welt würden auf diese Art vereinigt werden, denen die Produktion Amerikas und einiger anderer Länder mit einer Produktionsfähigkeit von 25 Prozent der Weltproduktion gegenübersehen würde.

Damit ist für lange Zeit der Friede in der Stickstoffindustrie, d. h. soweit das Unternehmertum in Frage kommt, hergestellt worden. Es gibt wenige Wirtschaftsgruppen, bei denen sich die Tendenzen der modernen kapitalistischen Wirtschaft so scharf herausstellen, wie in der Stickstoffindustrie: Ausschaltung der freien Wirtschaft durch ein fast lückenloses Monopol mit dem Endziel der Preisdiktatur gegenüber den Verbrauchern.

R. Segerer.



Öl ins Feuer gießen muß Du büßen!

Bestell-Nr. 133 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Obwohl es eigentlich jedes Kind wissen mußte, daß es lebensgefährlich, ja geradezu selbstmörderisch ist, Petroleum oder Benzin in eine schmelzende Flamme zu gießen, melden es doch Woche um Woche die Zeitungen aus allen Teilen der Welt, daß es noch Unfälle gibt, die auf derartigen Leichtsinn zurückzuführen sind. Immer wieder wird es bei der Arbeit sowohl wie im Haushalt verübt, eine unter der Asche glimmende Flamme zu entfachen, indem eine brennbare Flüssigkeit in die Glut gegossen wird. Meist ist es nur Faulheit und Bequemlichkeit, weil die Betroffenen sich die Mühe sparen wollen, mit ein wenig Sorgfalt und einigen geschickten Handreichungen die schmelzende Flamme neu zu entfachen. Die Gefahr besteht darin, daß die brennbare Flüssigkeit nicht eine sanfte Flamme, sondern eine explosionsartig aufzuckende sofort auf das Gesicht übergreifende Feuerfäule hervorruft. Dabei werden nicht nur Gesicht und Hände oft schwer verbrannt, sondern auch die Kleider fangen Feuer, es entstehen Stubenbrände, Wohnungsbrände, Hausbrände. Und oft hat man die Körper solcher Unglücklichen in völlig verkohltem Zustande vorgefunden.

Wenn die Musik spielt.

20 Prozent Dividende beim Polyphon-Konzern.

Von der Schallplatten- und Grammophonindustrie ist allgemein bekannt, daß sie selbst in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen fette Erträge abwirft. Jedoch stellt der diesjährige Abschluß des Polyphon-Konzerns in Leipzig eine neue Entwicklung dieses Unternehmens dar, gegen den selbst die wirtschaftlichen Ergebnisse früherer Jahre verblasen. Die Dividende beträgt wie auch in den Vorjahren 20 Prozent, ein Ergebnis, das in der Zeit der allgemeinen Wirtschaftslage des Unternehmertums außergewöhnlich beachtlich ist. Aber nicht in der Gewinnausschüttung allein kommt die Entwicklung des Unternehmens zum Ausdruck, denn bei aller Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums scheut man bei der offiziellen Dividendenzumessung doch ein wenig das Urteil der Öffentlichkeit.

Dafür entdeckt man bei näherer Durchsicht des Geschäftsberichts Zahlen, die zu denken geben und die ein interessantes Bild von der Entwicklung des Unternehmens ergeben. Der Betriebsüberschuß ist demnach von 6,50 Millionen Mark im Vorjahre auf 7,38 Millionen Mark gestiegen. Die Handlungskosten erhöhten sich von 2,18 auf 2,21 Millionen Mark, eine Steigerung, die bei einem solchen Unternehmen kaum der Rede wert ist. Steuern erforderten 1,32 Millionen gegen 959 241 Mk. im Vorjahre. Die Abschreibungen bleiben mit 200 716 Mk. gegen das Vorjahr etwas zurück. Es verbleibt dem Unternehmen ein Reingewinn von 3,68 Millionen gegen 3,18 Millionen im Vorjahre. Die Ausschüttung einer 20prozentigen Dividende erfolgt auf ein Aktienkapital von 17 Millionen Stammaktien und 60 000 Rentenmark Vorzugsaktien. An den schmunzelnden Aufsichtsrat wird eine Summe von 52 225 Mk. ausgeschüttet.

Aber die geschäftliche Entwicklung selbst sagt die Geschäftsleitung, daß der Absatz trotz der Wirtschaftskrise sich gegen das Vorjahr um 10 Prozent gesteigert hat. Durch die Be-

teilung der Klangfilm-G. m. b. H. (300 000 Mk.) und der Organon, G. m. b. H. (10 000 Mk.) ist die Erhöhung des Kontos Effekten und Beteiligungen von 3,32 auf 3,63 Millionen Mark gewachsen. Die Bankguthaben sind mit 10,35 Millionen gegen 12,075 Millionen im Vorjahre etwas zurückgegangen; dagegen haben sich Kasse, Postcheck und Wechsel auf 2,09 Millionen Mark erhöht. Der Abschreibungsfonds hat sich von 0,4 auf 0,8 Millionen Mark erhöht.

Für das laufende Jahr wird berichtet, daß in den ersten drei Monaten sich das Geschäft trotz der ungeklärten Wirtschaftslage gut entwickelt hat. Die Umsätze liegen auf gleicher Höhe geblieben, das Exportgeschäft befindet sich auch weiterhin in aufsteigender Linie. Prüft man das Ergebnis des Geschäftsberichts, so kann man feststellen, daß, während sich die Generalunkosten des Unternehmens kaum verändert haben, der Betriebsgewinn von 6,5 auf 7,4 Millionen rund gerechnet gewachsen ist.

Auch die Auslandsunternehmungen haben eine günstige Entwicklung durchgemacht. Die von der dänischen und schwedischen Lochtergesellschaft in Paris gegründete Fabrik hat sich gut entwickelt, so daß in diesem Jahre bereits Erweiterungen vorgenommen werden müssen. Günstig haben sich auch die übrigen Auslandsunternehmungen entwickelt.

Im Interesse der Konzentration der Auslandsunternehmungen hat die Firma die sogenannte Polyphon-Holding-WG. Basel gegründet, mit einem Aktienkapital von 8,5 Millionen Schweizer Franken. Es ist beabsichtigt, die Aktien dieser Holdinggesellschaft so schnell wie möglich an den Börsen in Berlin, Zürich, Basel und anderen Städten einzuführen; diese Aufgabe übernimmt ein internationales Bankkonförium, das sämtliche Kosten der Gründung der Polyphon-Holding-WG. nebst den damit im Zusammenhang entstehenden Spesen zu tragen hat. Das Bankkonförium wird dabei selbstverständlich tüchtig verdienen, und wir zweifeln nicht, daß sich Kapitalisten in Massen finden werden, um sich aus der Quelle, die bei Polyphon fließt, die Taschen zu füllen. Die Kosten tragen einmal die Arbeiter der Polyphonbetriebe, zum anderen die Käufer der Sprechapparate und Schallplatten, zum großen Teil also die arbeitenden Schichten, die sich den grauen Alltag durch Musik im eigenen Heim verschöpern wollen.

R. Segerer.

Die freigewerkschaftlichen Leunafunktionäre tagen.

Am 13. April 1930 trafen in Merseburg die freigewerkschaftlichen Funktionäre der Leunaarbeiterchaft zum zweiten Male in diesem Jahre zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Anwesend waren 170 Leunaarbeiter und eine ganze Reihe Gewerkschaftsvertreter, insgesamt 200 Personen. Als Vertreter des Hauptvorstandes des Fabrikarbeiterverbandes war der Kollege Haupt (Hannover) erschienen. Zur Beratung standen zwei Punkte: 1. Stellungnahme zur Kündigung des Bezirksmantelvertrages für die chemische Industrie in Mitteldeutschland; 2. Die Walfeste.

Der Gauleiter, Kollege Schneider (Erfurt), behandelte die wirtschaftspolitische Lage, um dann zu der Unzulänglichkeit des alten und zu dem von der Tarifkommission ausgearbeiteten Entwurf des von uns neu geforderten Mantelvertrages überzugehen. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Mit kurzen, aber treffenden Worten des Kollegen Lehnagen vom WMA und des Kollegen Haupt wurde die Diskussion eröffnet, in der zehn Leunaarbeiter sprachen. Sie brachten erneut den Beweis von dem immer mehr durchdringenden Willen zur gewerkschaftlichen Einheit. Nach einem zusammenfassenden Schlußworte des Kollegen Schneider wurde die folgende Entschlieung einstimmig beschlossen:

Entschlieung.

Die Funktionäre begriffen die Kündigung des Bezirksmantelvertrages durch die freien Gewerkschaften. Diese Maßnahme war notwendig, um die Interessen der Chemiearbeiter zu wahren. Die scharfe Wirtschafskrise, das katastrophale Anwachsen der Erwerbslosigkeit als Folge der gewaltig gestiegenen Produktionskapazität sind Symptome unserer Zeit. Die Kündigung des Tarifvertrages durch die freien Gewerkschaften ist der Beweis für die unerschütterliche Tatkraft, für das bewußte und ernste Wollen, der Unternehmerrückgrat zu legen und die Existenzbedingungen der Chemiearbeiter sicherzustellen. In dieser ersten Stunde richteten die Funktionäre an die Arbeiterchaft des Leunawerkes den Ruf, einig und geschlossen zusammenzutreten, sich loszusagen von allen Spaltungen und sich einzufügen in die freigewerkschaftliche Front. Entweder ist die Arbeiterchaft einig und schreitet vorwärts, oder sie ist uneinig und überläßt den Unternehmern den Sieg. So und nicht anders steht die Frage. Die Funktionäre rufen die Leunaarbeiter in dieser ersten Stunde auf, sich reiflich in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Leunaarbeiter, die Gewerkschaften rufen zum Kampf!

Zum Punkt „Walfeste“ sprach der Kollege Fischer (Merseburg). Die Konferenz beschloß sich dann noch mit dem von der kommunistischen Partei einberufenen „Sonderkongreß“ der Chemiearbeiter nach Merseburg. Unter der stürmischen Zustimmung der Delegierten wurde die nachfolgende Resolution formuliert und einstimmig beschlossen, diese Willensäußerung der gesamten deutschen Chemiearbeiterchaft zu übermitteln.

Resolution.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre der Leunaarbeiter nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen schändlichen Verrat der kommunistischen Partei. In demselben Augenblick, wo die freien Gewerkschaften in Mitteldeutschland für die chemische Industrie den Bezirksmantelvertrag gekündigt haben und wo sie die mitteldeutschen Chemiearbeiter zur größten Einheit aufrufen, in demselben Augenblick ruft die kommunistische Partei die Chemiearbeiter zu einem Sonderkongreß auf. Dieser kommunistische Kongreß soll die „Sozialfaschisten“ entlarven. Das heißt auf gut Deutsch, das Vertrauen zu der freigewerkschaftlichen Führung soll im Augenblick des Kampfes erneut zerfallen werden. Damit gibt die kommunistische Partei wieder einmal ein Schulbeispiel, wie man systematisch und planmäßig die Arbeiterchaft spaltet. Erst vor wenigen Wochen haben die Kommunisten im Leunawerk bei der Betriebsratswahl fast 5000 Stimmen und fünf Sitze im Betriebsrat verloren. Das war eine deutliche Abgabe der Arbeiterchaft an die kommunistischen Methoden. Seit dieser Zeit ist der Kampf der kommunistischen Partei gegen die freien Gewerkschaften nur noch schärfer geworden. Der Aufruf zu einem kommunistischen Chemiearbeiterkongreß nach Merseburg ist ein neuer Schlag der kommunistischen Partei gegen die gewerkschaftliche Einheit der Chemiearbeiter. Deutsche Chemiearbeiter! Wollt ihr euren Arbeitsbrüder in Mitteldeutschland in den Rücken fallen? Nein! Ab Solidarität! Hinein in die Gewerkschaften! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Mit einigen begeisterten Schlußworten und einem Hoch auf die Solidarität und auf die freien Gewerkschaften wurde die Konferenz geschlossen.

Papier-Industrie

„Politische Hirngespinnste.“

Zu dem Artikel unter dieser Überschrift in Nr. 15 des „Proletarier“ sendet uns die Firma Leonhardt Söhne in Croffen a. d. Mulde folgende

Verichtigung:

„Der in der Beilage zum „Proletarier“ in Nr. 15 vom 12. April 1930 unter der Überschrift: „Politische Hirngespinnste“ abgedruckte Aufsatz enthält u. a. den Satz: „Die Papierfabrik, Chromo-, Kunstdruck-, Kartonpapier-, Holzstoff- und Sulfitzellulosefabrik Leonhardt Söhne in Croffen a. d. Mulde, bekannt geworden durch die im vorigen Jahre an der Arbeiterschaft vorgenommenen erheblichen Lohnabzüge...“

Dieser Bericht ist unwahr. Die Firma Leonhardt Söhne hat weder eine Kartonagenabteilung, noch hat sie im vorigen Jahre bei der Arbeiterschaft irgendeiner ihrer Abteilungen Lohnabzüge vorgenommen.

Wahr ist vielmehr, daß die Tariffähigkeit durch die Effektivverdienste der Arbeiterschaft der Firma Leonhardt Söhne sogar noch überschritten werden.“

Wir drucken diese Verichtigung um so lieber ab, da uns bei der Abfassung dieses berichtigten Absatzes des Artikels ein Irrtum unterlaufen ist. Die in diesem Absatz erwähnten Lohnabzüge in der Kartonagenabteilung wurden nicht von der Firma Leonhardt Söhne in Croffen a. d. Mulde, sondern von der Firma C. F. Leonhardt in Croffen a. d. Mulde im vorigen Jahre vorgenommen.

Rationalisierung in der Papiererzeugungsindustrie.

I.

Rationalisierung heißt mit Einstellung der Wirtschaft auf möglichste Einheitlichkeit. Es kann zugegeben werden, daß die Papiererzeugungsindustriellen in den skandinavischen Staaten, in Kanada und Amerika diesem Rationalisierungsgedanken Rechnung getragen und zur Vereinheitlichung der Produktion übergegangen sind. Die deutschen Papiererzeugungsindustriellen haben unter Rationalisierung stets nur höchste Steigerung der Produktion unter Anwendung der technischen Errungenschaften und unter schärfster Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft verstanden, ohne Rücksicht auf die Hebung der Kaufkraft im Inlande und auf die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Diesem Bestreben haben die deutschen Papiererzeugungsindustriellen schon immer gehuldigt. Neu ist deshalb nur der Name „Rationalisierung“, nicht aber die produktions-technische Denkungsart der Papiererzeugungsindustriellen.

Versteht man unter Rationalisierung, wie die deutschen Papiererzeugungsindustriellen, Steigerung der Produktion, so ist diesem Gedanken seit jeher in weitgehendem Maße Rechnung getragen worden. Walter Sembriski berichtet in Nr. 13 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1930, unter der Überschrift: „Über geschöpfte Papiere“, daß mit einer Waffe, die von drei Mann zehn Stunden lang bedient wurde, in der handwerksmäßigen Papiererzeugung 79 Kilo Whatmansche Zeichenpapiere im Format von 56x85 Zentimeter hergestellt werden konnten. Auf eine tägliche 24stündige Produktion umgerechnet, hätten demnach rund 190 Kilo Papier erzeugt werden können. Die Sembriskische Doppelschöpfmaschine leistet in zehn Stunden 21 000 Vogen Papier, also genau soviel, wie 21 Arbeiter an sieben Schöpfbüchsen im handwerksmäßigen Betrieb herstellen konnten. Derselbe produktionssteigernde Vorgang zeigt sich auch bei der Entwicklung der Papiermaschinen. Kommen um das Jahr 1870 herum auf einer Papiermaschine innerhalb 24 Stunden nur 2000 Kilo Druckpapier erzeugt werden, so stieg die Produktion bis 1914 auf 35 000 bis 40 000 und beträgt heute bis zu 140 000 Kilo. Wir sehen also, daß die Rationalisierung, nur vom Gesichtspunkt der Produktionssteigerung betrachtet, eine fast unalkalische Erscheinung in der Papiererzeugungsindustrie ist.

Die Weltproduktion an Papier.

Der Rationalisierungseifer im Sinne der Produktionssteigerung ist keine typische deutsche Erscheinung. Sie tritt in Deutschland nach Beendigung des Weltkrieges nur schärfer hervor, weil die deutschen Papiererzeugungsindustriellen bestrebt sind, auf technischem Gebiete das nachzuholen, was sie während der Kriegszeit gegenüber dem neutralen Ausland verpasst haben. Die Produktionssteigerung ist also eine Welterscheinung und kommt recht deutlich in den Weltproduktionen zum Ausdruck.

Jahr	Weltproduktion in Tonnen	Bemerkungen
1800	10 000	nach Künzel
1850	100 000	nach Dr. A. St. Klein
1874	800 000	nach Künzel
1900	8 000 000	nach Dr. A. St. Klein
1910	2 000 000	nach Dr. A. St. Klein
1920	12 500 000	nach Dr. A. St. Klein
1924	16 000 000	nach Dr. A. St. Klein
1925	17 000 000	nach Dr. A. St. Klein
1926	17 000 000	nach Dr. A. St. Klein
1928	18 500 000	nach Dr. A. St. Klein
1929	20 000 000	nach J. Strachan

Demnach ist von 1800 bis 1929 die Weltproduktion an Papier um das 200fache gestiegen. Bis 1910 betrug die Steigerung das 100fache. Die Zahlen ergeben, daß besonders in der Nachkriegszeit in allen papierproduzierenden Ländern der Welt die Steigerung der Produktion mit einer gewissen Systematik eingeleitet hat.

Weltproduktion an Papier und Pappe.

Aber den Grad der eingetragenen Produktionssteigerungen in den wichtigsten papiererzeugenden Ländern von 1913 bis 1927 gibt die nachfolgende Zusammenstellung Auskunft. Die Zahlen wurden entnommen der von der Dresdner Bank im Jahre 1930 unter der Bezeichnung: „Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt“ erschienenen Statistik.

Staaten	Produktion an Papier und Pappe in Tonnen 1913	1927	Steigerung seit 1913 in Prozent
Deutschland	1 981 000	2 414 000	22
Großbritannien	1 076 000	1 522 000	41
Rußland	360 000	202 000	-17
Schweden	333 000	610 000	83
Norwegen	194 000	374 000	93
Finnland	227 000	380 000	67
Übriges Europa	1 776 000	2 365 000	33
Europa	5 937 000	7 907 000	33
Vereinigte Staaten	4 780 000	8 400 000	76
Kanada	550 000	2 240 000	307
Übriges Amerika	20 000	182 000	810
Amerika	5 350 000	10 822 000	102
Japan	105 000	575 000	448
Übriges Asien	28 000	80 000	7
Asien	133 000	605 000	355
Weltproduktion	11 420 000	19 334 000	69

Für Deutschland und Großbritannien befinden sich unter der Rubrik für 1913 die Produktionszahlen von 1912, dagegen für die Vereinigten Staaten und Japan die Produktionszahlen von 1914. Die Produktionszahlen für Rußland sind auf das heutige Gebiet beschränkt.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß lediglich Rußland die Vorkriegsproduktion noch nicht wieder erreicht hat. Innerhalb Europas ist im gleichen Zeitraum die Produktionssteigerung mit 22 Prozent in Deutschland am niedrigsten und mit 93 Prozent in Norwegen am höchsten. Die höchsten Steigerungen in Amerika haben Kanada mit 307 Prozent und die übrigen amerikanischen Staaten mit 810 Prozent aufzuweisen. In Asien ist es Japan, das seit 1913 seine Produktion um 448 Prozent steigern konnte.

Arbeitslos.

Mir tut es in der Seele weh,
Wenn ich das Tor verschlossen seh,
Dran eine Tafel kündet,
Daß niemand Arbeit findet.

In Hause hungern Weib und Kind,
Drum weiter, eh der Tag verrinnt;
Ich muß doch Arbeit finden,
Daß Not und Sorge schwinden.

Verächtlich tret ich zum Portier.
„Wir haben selbst zu viele hier,
Und übrigens Ihr Alter“,
Schreit er, und schließt den Schalter.

Wo nur ein Neubau je erricht,
Wo nur ein Rad sich furend dreht,
In Gruben und Fabriken
Wollt ich mich willig schicken.

So treib ich es schon wochenlang;
Vergeblich noch war jeder Gang.
Doch sagt man den Proleten:
„Für Arbeit kann uns reifen!“

Sans Weig.

Polen, das in dieser Aufstellung nicht enthalten ist, konnte von 1925 bis 1928 seine Papierproduktion um 64 Prozent und seine Pappenproduktion um 109 Prozent steigern. Für Deutschland betragen von 1912 bis 1929 die Produktionssteigerungen für Papier 32 und für Pappe rund 16 Prozent.

Entsprechend der seit 1913 in den einzelnen Erdteilen eingetretenen Produktionssteigerung hat sich auch der Anteil Deutschlands an der Weltproduktion bedenkend verschoben. Nach Dr. A. St. Klein gestaltete sich nur in der Papiererzeugung der Anteil Europas an der Weltproduktion folgendermaßen:

Jahr	Europas Befestigung in Prozent an der Weltproduktion
1874/75	95
1904	70
1913/14	60
1925	40
1927	35

Infolge dieser Produktionsverschiebungen in der Papierherstellung stieg der amerikanische Anteil an der Weltproduktion von 40 Prozent im Jahre 1913 auf 60 Prozent im Jahre 1927.

Der prozentuale Anteil an der Weltproduktion.

Die nachstehenden Prozentzahlen, die gleichfalls der Statistik der Dresdner Bank entnommen wurden, zeigen den prozentualen Anteil sowohl der einzelnen Staaten, als auch der einzelnen Erdteile an der Weltproduktion in den Jahren 1913 bis 1927.

Staaten	Anteil an der Weltproduktion von Papier und Pappe in Prozent 1913	1927
Deutschland	17,3	12,5
Großbritannien	9,4	7,9
Rußland	3,1	1,6
Schweden	2,9	3,1
Norwegen	1,7	1,9
Finnland	2,0	1,7
Übriges Europa	15,6	12,2
Europa	52,0	40,9
Vereinigte Staaten	41,8	43,4
Kanada	4,8	11,6
Übriges Amerika	0,2	0,9
Amerika	46,8	55,9
Japan	0,9	3,1
Übriges Asien	0,3	0,1
Asien	1,2	3,2
Welt	100	100

In Europa steht zwar die deutsche Papiererzeugungsindustrie in der Papier- und Pappenproduktion an der Spitze aller Staaten; der Anteil an der Weltproduktion ist aber von 1912 bis 1927 um annähernd 5 Prozent zurückgegangen. Zurückgegangen ist ferner der Anteil an der Weltproduktion in Großbritannien, Rußland, Finnland und in den übrigen

europäischen Staaten; um eine Kleinigkeit gestiegen dagegen ist der Anteil in Schweden und Norwegen. Der Anteil Europas an der Weltproduktion hat von 1913 bis 1927 einen Rückgang um 11 Prozent zu verzeichnen. Dagegen ist der amerikanische Anteil an der Weltproduktion um rund 9 Prozent gestiegen, wobei die stärkste Steigerung Kanada aufzuweisen hat. Ebenso ist der Anteil Asiens an der Weltproduktion um 2 Prozent gestiegen, der fast reiflos Japan zugute kommt.

Nahrungsmittel-Industrie

Soll es in der Rübenzuckerindustrie zu einem Lohnabbau kommen?

Für die Hauptlohnbezirke der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie sind die Lohnsätze von den Arbeitgebern gekündigt. Ihr Ziel ist Lohnabbau. In einigen Bezirken ist das direkt beantragt, in anderen Bezirken indirekt angedeutet. Für den Bezirk Hannover-Braunschweig fordern die Arbeitgeber eine Reduzierung des Lohnes um 3 Pf. für die Provinz Sachsen wird ein Abbau von 5 Pf. gefordert; für Anhalt ist ein Abbau geplant, der diese 5 Pf. noch überschreitet. Bei diesen Forderungen drängt sich uns die Frage auf, ob die Arbeitgeber der Zuckerindustrie jede nähere Erwägung verloren haben. Zu einer Zeit, in der alles nur darauf ausgeht, die wichtigsten Lebensmittelpreise durch Zollmaßnahmen und alle möglichen anderen Dinge in die Höhe zu schrauben, fordern die Arbeitgeber der Zuckerindustrie allen Ernstes einen Lohnabbau. Dabei gehören die Zuckerfabrikanten immer zu denjenigen, die weitestgehende Schutzsollen für die Landwirtschaft fordern, obwohl sie wissen, daß das eine Verfeinerung für die Masse bringen muß.

Was werden nun für Gründe für das Vorgehen der Arbeitgeber angeführt? Wir kennen diese Gründe noch aus dem vorigen Jahre. Man wird behaupten, die Zuckerindustrie sei bei ihren heutigen Preisen nicht in der Lage, den jetzigen Lohn weiterzuführen. Demgegenüber müssen wir die Fragen stellen: Ist es richtig, daß die Zuckerindustrie in erster Linie auf Kosten niedriger Löhne rentabel erhalten werden soll, und trägt das dazu bei, wenn die Löhne allgemein niedrig gehalten werden, den Absatz des Zuckers zu erhöhen? Die Zuckerindustrie klagt ja gerade darüber, daß sie ihren Zucker in Deutschland nicht absetzen kann und daß sie ihn infolgedessen zu sehr niedrigen Preisen auf den Weltmarkt bringen muß. Glaubt man nun, durch ein weiteres Herabdrücken der Löhne die Kaufkraft der Arbeiterschaft steigern zu können? Das glauben die Zuckerfabrikanten wohl selbst nicht.

Aber die Herren vom Zucker halten ihre Zeit wieder einmal für gekommen, einen generellen Lohnabbau durchzuführen. Sie haben scheinbar aus dem Jahre 1928 nichts gelernt! Sind nun die Löhne der Zuckerarbeiter wirklich so hoch, daß sie das übliche Maß überschreiten? Das muß bestritten werden. In den meisten Lohnbezirken stehen die Zuckerarbeiter mit ihren Löhnen anderen Industrien gegenüber noch zurück, zum Teil sogar sehr erheblich. Die Zuckerarbeiter fordern deshalb statt des Lohnabbaus mit Recht eine Lohnerhöhung.

Die Arbeitgeber der Zuckerindustrie behaupten, die Löhne der Zuckerarbeiter müßten den Löhnen der Landarbeiter angepasst werden, da die Zuckerindustrie ein landwirtschaftliches Nebengewerbe sei, weil sie die Rübe der Landwirtschaft verarbeitet. Das könnte jede Mühle, jede Bäckerei und jede Fleischerei von sich auch behaupten. All diese Gewerbe und Industriebetriebe verarbeiten die Produkte der Landwirtschaft. Wollen wir so folgern, dann ist fast die ganze Nahrungsmittelindustrie als Nebenbetrieb der Landwirtschaft anzusehen. Die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, und mit ihnen die Zuckerarbeiter, leben aber unter ganz anderen Bedingungen als die Landarbeiter. Sie müssen es infolgedessen ablehnen, im Lohn mit den Landarbeitern gleichgestellt zu werden.

Ferner wird von den Arbeitgebern geltend gemacht, daß Lohnkonto in der Zuckerindustrie sei zu hoch, deshalb müsse der Lohn reduziert werden. Wie steht es damit? Nach den letzten Erhebungen des Vereins der deutschen Zuckerindustrie, also der wirtschaftlichen Organisation der Arbeitgeber, sind in der letzten Kampagne 119 408 050 Doppelzentner Rüben verarbeitet. Die Zahl der arbeitenden Zuckerfabriken betrug 238. Es kommen mithin im Reichsdurchschnitt auf jeden Betrieb 501 295 Doppelzentner Rüben zur Verarbeitung. Im letzten Vorkriegsjahr wurden von 341 Fabriken 169 399 786 Doppelzentner Rüben verarbeitet oder pro Betrieb im Reichsdurchschnitt 496 738 Doppelzentner. Die jetzt noch arbeitenden Zuckerfabriken haben also bei ihrer Rübenverarbeitung den Reichsdurchschnitt pro Betrieb von 1913/14 nicht nur erreicht, sondern überholt.

Weiter machen die Arbeitgeber geltend, daß die Dauer der Kampagne heute sehr kurz sei. Sie wollen damit beweisen, daß die Betriebe zu wenig ausgenutzt werden. Aber welche Wirkung hat diese kurze Kampagnedauer denn nun hinsichtlich der gezahlten Löhne? Nach Feststellung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie betrug die Kampagnedauer im letzten Jahre im Reichsdurchschnitt rund 60 Tage oder 2 Monate. Jeder Kenner der Zuckerindustrie weiß, daß die Kampagne in der Vorkriegszeit 3 1/2 bis 4 Monate und auch noch länger dauerte. Also die Hauptbetriebszeit war doppelt so lang wie heute. Der Hauptlohnanteil entfällt aber nun in der Rübenzuckerindustrie auf die Kampagnezeit. Betriebe, die in der stillen Zeit 35 bis 40 Arbeiter beschäftigten, haben während der Kampagnezeit 250 und mehr Arbeiter. Da die Kampagnedauer heute viel kürzer ist als früher, so braucht die Industrie für die Kampagnearbeiter lange nicht die große Arbeitsfondenzahl zu bezahlen wie früher. Das wirkt sich selbstverständlich im Lohnkonto zugunsten der Arbeitgeber aus. Wenn der Lohn doppelt so hoch ist wie früher, so zahlt man an die Kampagnearbeiter für die Dauer der Kampagne heute ungefähr nur den gleichen Lohn wie früher. Für die Arbeiterschaft aber ist die kurze Kampagnedauer von sehr großem Nachteil. Die Kampagnearbeiter haben heute nur 8 bis 10 Wochen Beschäftigung in der Zuckerindustrie, früher die doppelte Zeit. Also, die kurze Kampagnedauer mag für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes

nachteilig wirken. Da aber in der kurzen Zeit dieselben Rübenmengen verarbeitet werden, wie früher in der doppelten Zeit, so ist das, soweit das Lohnkonto in Frage kommt, ein großer Vorteil für die Arbeitgeber.

Die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie ist nicht gewillt und nicht in der Lage, diesen Lohnabbau in Kauf zu nehmen. Sie muß bei den gegebenen Umständen danach frachten, eine weitere Lohnherhöhung zu erreichen. Wollen die Herren Arbeitgeber der Zuckerindustrie es zum äußersten treiben, dann kann die Arbeiterschaft das nicht verhindern. So können die Dinge nicht gehen, daß man eine Industrie auf Kosten niedriger Löhne für die Arbeiter rentabler erhält. Dabei ist die Frage aufzuwerfen: Geht es der Zuckerindustrie wirklich so schlecht, wie sie immer behauptet? Die Gewinne der Zuckerindustrie geben keinen Maßstab für ihre Rentabilität, da die Aktionäre zugleich Rübenlieferanten sind und ihre Dividende zum Teil gleich im Rübenpreis mit erhalten.

Wo aber die Aktionäre andere Geldgeber sind als Landwirte, wie z. B. bei der Süddeutschen Zucker-AG, da werden heute schon wieder Dividenden von 12 Prozent verteilt, abgesehen von den sonstigen Abschreibungen in recht beachtenswerter Höhe. Außerdem stimmt es nicht, daß die Rübenpreise heute so unsparend sind, wie die Arbeitgeber behaupten. Es gibt Betriebe, die Rübenpreise über 1,80 Mk. pro Zentner bezahlen. Das entspricht durchaus der allgemeinen Wertberurteilung gegenüber den Rübenpreisen der Vorkriegszeit.

Wenn es daneben Betriebe gibt, die nicht leben und nicht sterben können, dann liegt das daran, daß diese den richtigen Anschluß zur technischen Umstellung und zu sonstigen Dingen verpaßt haben. Darunter kann aber die Arbeiterschaft nicht leiden. Man kann also nicht sagen, daß es der Zuckerindustrie äußerst schlecht geht. Für die Arbeiterschaft sehen die Dinge so aus: Durch Zollmaßnahmen und alle möglichen Dinge stehen uns weitere Preiserhöhungen in Aussicht. Der heutige Lohn reicht knapp aus, um einigermaßen existieren zu können. Dazu kommt, daß die ständigen Arbeiter in der stillen Zeit oft Kurzarbeit leisten oder längere Zeit aussetzen müssen. Sie erhalten dann oft wochenlang nicht einmal den heute festgesetzten Lohn. Die Forderung der Arbeiter muß also sein: nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhung!

Bei den Verhandlungen wird aber nun der Grundsatz gelten, den ein Arbeitgeberverband der Zuckerindustrie uns gegenüber einmal vertreten hat. Er sagte: „Die Stärke der Organisation ist ausschlaggebend für den Erfolg.“ Wenn je von einem Arbeitgebervertreter die Situation richtig gekennzeichnet wurde, dann wurde es durch diesen Ausdruck sicherlich getan. Unsere Kollegen in der Zuckerindustrie werden also alles aufbieten müssen, um auch den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen. Harte Auseinandersetzungen stehen uns bevor oder sind zur Zeit, wo diese Jellen ins Land gehen, schon im Gange. Wollen wir bei diesen Auseinandersetzungen einigermaßen abschneiden, dann muß unsere Parole lauten: „Der letzte Zuckerarbeiter muß hinein in den Verband der Fabrikarbeiter!“ E. Senkfeil.

Konferenz der Arbeiter in der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie

im Gan 2 am 13. April 1930 in Köthen.

58 Betriebe waren durch Delegierte vertreten, außerdem war eine Anzahl Gäste anwesend. Vom Hauptvorstand war der Branchenleiter, Kollege Senkfeil, und von der Gauleitung der Kollege Tolski erschienen. Ebenfalls war der Gauleiter des Gaues Thüringen anwesend.

Kollege Senkfeil sprach über „Die wirtschaftliche Lage in der Zuckerindustrie“. Er wies in seinem Vortrag zunächst darauf hin, daß sowohl über die Not der Industrie in der Presse geschrieben wird. Die Ausgabe riesiger Summen für die Errichtung neuer Betriebe und die Geschäftsabschlüsse, wonach 10 und mehr Prozent Dividende zur Verteilung gelangen, beweisen, daß es um die Industrie noch nicht schlecht stehen kann. Bei den Geschäftsabschlüssen, die eine 10prozentige Dividende nennen, sind aber außerdem starke Abschreibungen bereits berücksichtigt, ebenso Entschädigungen an den Aufsichtsrat sowie Tanktamen und Gratifikationen. Wie man aber unter solchen Umständen von einer Not der Industrie reden will, ist unverständlich, so sehr, wenn man berücksichtigt, daß tatsächlich eine Absatzkrise vorhanden ist. Während mit früher Lieferant für England waren, produziert England jetzt selbst jährlich 1 1/2 Millionen Doppelzentner. Dazu kommt, daß die Produktion gegenüber der Vorkriegszeit in Java ganz beträchtlich erhöht und in Kuba sogar verdoppelt ist. Die Industrie sucht nun nach Mitteln, diese Krise zu beseitigen. Nach den Berichten der Zucker-Statistiker soll ja nun eine Entspannung auf dem Zuckerweltmarkt eintreten dadurch, daß einmal eine Senkung in der Produktion um 2 bis 3 Prozent eintritt, während man bei dem Verbrauch mit einer Steigerung um 3 bis 4 Prozent rechnet. Den Überschuss an deutschem Zucker sucht man nun anderweit preiswert abzusetzen. — Im „Zentralblatt“ macht Herr Dr. Heintze den Vorschlag, den Inlandpreis für je 1 Prozent der Ausführquote um 10 Pf. je Zentner zu erhöhen. Dies würde bedeuten, daß der Preis pro Zentner zur Zeit um 1,17 Mk. erhöht würde. Bei 50prozentiger Ausfuhr würde dann der Zentner 5 Mk. mehr kosten. Es ist dies ebenso ein Versuch am untauglichen Objekt wie die Forderung des Arbeitgeberverbandes, die Löhne um 5 Pf. pro Stunde abzubauen.

Kollege Tolski referiert dann eingehend über die Lohnfrage. Er teilt mit, daß die Verträge in den Bezirken Anhalt, Halberstadt, Magdeburg, Altmark und Halle gekündigt sind. Lohnabbau würde die Kaufkraft der breiten Masse stark beeinträchtigen, da Zucker ein wichtiges Nahrungsmittel darstellt. Das ist aber der Fall, wenn man den Zuckerarbeitern ein Viertel Jahr lang eine 6stündige Arbeitszeit diktiert und Familienvätern mit Frau und 4 Kindern 22 Mk. die Woche zahlt. Damit wälzt man das Betriebsrisiko auf die Arbeiterschaft ab. Besonders bezeichnend für die Forderung der Unternehmer ist es, daß gerade Bezirke zuerst den Abbau fordern, die noch 10 Pf. weniger Stundenlohn zahlen als Nachbarbezirke, während die Betriebe nur zirka 20 Kilometer voneinander entfernt liegen. Selbstverständlich kann es sich nur um den Bezirk Halle handeln, da die Arbeiterschaft dort „revolutionär“ eingestellt ist und sich deshalb um Wirtschaftsfragen nicht kümmert. Auch Anhalt scheint sich diesmal besonders hervorzuheben zu wollen, denn dort will man sich mit der Forderung eines Lohnabbaues um 5 Pf. nicht begnügen.

Aber beide Referate erfolgte eine lebhafteste Ansprache. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 13. April 1930 in Köthen tagende Konferenz der in der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie beschäftigten Arbeitnehmer hat mit Interesse den Vortrag über die derzeitige Lage auf dem Zuckermarkt entgegengenommen. Mit scharfer Entrüstung nimmt sie aber auch davon Kenntnis, daß die Arbeitgeber den derzeitigen Lohn abzubauen beabsichtigen. Die Arbeitnehmer werden sich gegen die Verwirklichung dieser Absicht mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wenden. Die Konferenz fordert, daß von der Verbandsleitung alles getan wird, um die an sich völlig unzureichenden Löhne in der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie auch in diesem Jahre um ein erhebliches zu erhöhen. Die Delegierten der Konferenz verpflichten sich, alles daran zu setzen, um auch den letzten und noch fernstehenden Mitarbeiter dem Verband der Fabrikarbeiter zuzuführen.“

Mit der Aufforderung, eine geschlossene Front aller in der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie Beschäftigten herzustellen, die der bevorstehende Kampf schwer sein wird, schloß Kollege Tolski die von einem guten Kampfgeist erfüllte Konferenz. R. Wiedenbeck.

Konferenz der Betriebsräte der süddeutschen Zuckerindustrie.

Am 6. April tagte in Heidelberg eine Konferenz der Betriebsräte der süddeutschen Zuckerindustrie. Anwesend waren 23 Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter, ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes, ein Kollege vom Verbande der Maschinisten und Selzer.

Die Tagesordnung sah vor:

- 1. Zoll- und Wirtschaftsfragen in der Zuckerindustrie. Referent: Kollege Senkfeil.
2. Die Aufgaben der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Referent: Kollege Adler.
3. Verschiedenes.

Kollege Senkfeil führte etwa folgendes aus: Der verstärkte Anbau von Rohrzucker, hauptsächlich auf Java, hat den Weltmarktzuckerpreis bis zu 9 Mk. heruntergedrückt. Der deutsche Preis für Rübenzucker kann bei den heutigen Verhältnissen nicht unter 21 Mk. gesenkt werden. Die deutsche Zuckerindustrie muß deshalb zu Schutzzöllen greifen, um ihre eigene Industrie vor dem Erliegen zu bewahren. Wir haben allerdings immer noch einen bedeutenden Überschuss an Zucker. Wenn auch die diesjährige Ernte um 24 Prozent niedriger veranschlagt wird, so müssen wir doch bedeutende Mengen ausführen. Die Weltproduktion an Zucker besteht heute aus 84 Prozent Rohrzucker und 36 Prozent Rübenzucker. Auf Deutschland entfallen 18 Millionen Doppelzentner Rübenzucker. Wenn die deutsche Zuckerindustrie zum Weltmarktpreis von 9 Mk. produzieren soll, so muß man fragen: kann dies an den Löhnen eingepart werden?

Der Schutz Zoll ist im Interesse der Industrie erhöht worden. Die Regierung hat deshalb zugestimmt, weil gleichzeitig der Zuckerpreis für den Konsumenten etwas gesenkt wurde. Nach Lage der Verhältnisse in Deutschland können wir auf Zuckerzoll nicht verzichten, sonst würde ein Teil unserer Zuckerfabriken stillgelegt. Das Heer der Arbeitslosen würde vergrößert und als Folge würde der Weltmarktpreis gesteigert. Die Arbeitgeber fordern bei Lohnverhandlungen selbst vor den Schlichtungsausschüssen eine Zuckerpreiserhöhung. Auch dort spielen neben Lohnfragen Zollfragen eine bedeutende Rolle. Die Arbeitgeber erreichen, daß der Schutz Zoll erneut von 25 auf 30 Mk. pro Doppelzentner erhöht wurde.

Wir werden bei den diesjährigen Lohnverhandlungen einen harten Stand haben. Eine Reihe von Tarifverträgen wurde von den Arbeitgebern zu dem Zweck gekündigt, die Tariflöhne herunterzusetzen.

Wir dürfen nicht zugeben, daß die Löhne gesenkt, die Zölle erhöht werden. Sowohl der Zoll wie auch die Mehrleistung muß den Verbrauchern mit zugutekommen.

Die Zuckersteuer beträgt zur Zeit pro Doppelzentner 10 Mk. Das ist auf jedes Pfund Zucker ein Aufschlag von 5 Pf., eine bedeutende Belastung für den Verbraucher. Ob diese Zuckersteuer beseitigt werden könnte, läßt sich heute nicht beurteilen. Auf alle Fälle ist der ganze Zustand, sowohl für Erzeuger wie Verbraucher sehr ungesund.

Beurteilt man die Verdienstmöglichkeiten nach den veröffentlichten Bilanzen, so muß gesagt werden, daß mit 12 Prozent Dividende die Zuckeraktionäre sehr gut verdienen. Wenn einzelne Betriebe in Deutschland noch unwirtschaftlich produzieren, so liegt dies nicht an der Arbeiterschaft, sondern an der mangelnden Einsicht, daß technische Verbesserungen notwendig sind.

Das Organisationsverhältnis ist in den süddeutschen Zuckerfabriken verhältnismäßig gut, während in einigen norddeutschen Städten viele Zuckerarbeiter noch dem Verband fernstehen. Wir müssen aber alle zu organisieren suchen. Das liegt im eigenen Interesse der Arbeiter.

Kollege Adler führt zum 2. Punkt folgendes aus: Das BRG. steht im § 70 vor, daß auch Arbeitnehmervertreter Sitz und Stimme im Aufsichtsrat haben, an den finanziellen Bezügen der Aufsichtsratsmitglieder (die nicht gerade klein sind) sind die Arbeitnehmervertreter nicht beteiligt. Das Amt der Betriebsräte ist nach dem BRG. ehrenamtlich. Auch hier versuchen die Arbeitgeber die Rechte der Arbeiterausschüßratsmitglieder soviel wie möglich zu beschneiden. Die Vertraulichkeit, von der der § 100 BRG. spricht, darf selbstverständlich nicht so ausgelegt werden, wie es die Arbeitgeber wollen, vielmehr müssen die Rechte auch nach § 70 erweitert werden. Es ist bis heute noch nicht möglich gewesen, mehr als zwei Vertreter der Arbeiter in einen Aufsichtsrat hineinzubringen. Daraus geht ohne weiteres hervor, daß es den Arbeitervertretern schwierig ist, uneingeschränkt zugunsten der Arbeiter zu wirken. Zur Entsendung und Wahl für den Aufsichtsrat sind nur Betriebsräte der Aktiengesellschaften berechtigt. Wir wollen diesen Posten, der uns nach dem BRG. zusteht, für die Arbeiterinteressen ausnützen. Das Arbeitermitglied hat auch in der Generalversammlung Sitz und Stimme, jedoch außerhalb der Sitzung keine gesetzlichen Rechte.

Als Kandidaten für den Aufsichtsrat wurden vorgeschlagen: Eugen Ehrhardt (Stuttgart), Karl Frieß (Gernsheim), Joh. Stein (Frankenthal).

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Lademann (Sennfeld), Ehrhardt (Stuttgart), Senkfeil (Hannover), Schreiber (Ludwigshafen), Werner (Stuttgart), Stein (Frankenthal), Adler (Hannover), Lambacher (Heilbronn) und Fries (Gernsheim).

Kollege Schreiber wies darauf hin, daß die Lohnbewegungen für die süddeutsche Zuckerindustrie nicht bezüglich zu erledigen seien, sondern durch die einzelnen Gauleitungen oder Zahlstellenleitungen.

Verschiedene Industrien

Die ausländische Kunstblumen- und Federnindustrie.

Außer in Deutschland gibt es auch im Auslande Industriezweige, die sich mit der Herstellung von Kunstblumen und Federn befassen. Die Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich, die Tschechoslowakei, Italien und Österreich weisen Industrien der genannten Art auf. Neben diesen Ländern werden noch Kunstblumen hergestellt in Argentinien, Kolumbien, Peru, Haiti, Kanada, Schweden, der Schweiz und in Griechenland.

Amerika, U.S.A.: Die amerikanische Kunstblumenindustrie wurde erstmalig 1870 in die Statistik aufgenommen. Die Zählung, die die Schmuckfedern- und die Blumenherzeugung zusammenfaßt, wies 1114 Arbeiterinnen als Beschäftigte auf. 1927 waren in derselben Industrie 4715 Arbeiterinnen beschäftigt. An Löhnen wurden an diese 5 050 438 Dollar gezahlt. Das bedeutet, daß die Kunstblumenarbeiterinnen in den Vereinigten Staaten von Amerika 1927 einen Jahresdurchschnittslohn von 450 37 Mk. hatten.

1927 wurden 190 Betriebe festgestellt. Diese Betriebstätten liegen zu drei Vierteln der Gesamtzahl im Staate New York. Die übrigen Betriebe verteilen sich auf die Staaten Illinois, New Jersey, Pennsylvania, Kalifornien, Missouri, Ohio, Indiana, Massachusetts, Florida, Maryland, Michigan, Texas und Utah. Die Gesamtproduktion bezifferte sich 1927 wertmäßig auf 19 576 357 Dollar und 1925 auf 17 823 841 Dollar. Die Produktionssteigerung betrug hiermit von 1925 auf 1927 = 9,8 Prozent. Mit diesen Zahlen sind Kunstblumen aller Art erfasst.

Trotz der ansehnlichen Eigenproduktion führen die Vereinigten Staaten von Amerika noch Kunstblumen ein. An der Kunstblumeneinfuhr nach den Vereinigten Staaten beteiligten sich 1927 und 1928 die Kunstblumenindustrien nachstehender Länder wie folgt:

Table with 3 columns: Land, 1927 in Dollar, 1928 in Dollar. Rows include Deutschland, Frankreich, Tschechoslowakei, Japan, Australien, Italien, Belgien, England, China, Schweiz.

Diese Aufstellung zeigt, daß Deutschland nahezu zwei Drittel aller von den Vereinigten Staaten im Auslande gekauften Kunstblumen liefert.

Aber auch die Ausfuhr künstlicher Blumen aus Amerika nimmt seit Jahren ständig zu. Die Ausfuhr bedroht die Märkte, die bisher Frankreich, Deutschland und die Tschechoslowakei mit ihren Kunstblumenprodukten beherrscht hatten.

Brasilien: Brasilien hatte früher einen bedeutenden Ausfuhrmarkt in Schmuckfedern. In der Nachkriegszeit hat sich die Einfuhr durch Geschmacksveränderung gesenkt. Brasilianische Schmuckfedern werden eingeführt nach Großbritannien, Portugal, Uruguay, Deutschland, Argentinien, Frankreich und einigen kleineren Staaten. Die Einfuhr besteht in der Hauptsache in Reisherfedern.

Tschechoslowakei: Die tschechische Kunstblumenindustrie hat ihren Sitz in Nordböhmen. Aus Schluckenau wurde Anfang dieses Jahres berichtet, daß die Industrie in 100 Betrieben in der Gegend von Niedereinsiedel bis Schluckenau in normalen Geschäftsjahren mehr als 2500 Betriebs- und 5000 bis 6000 Heimarbeiterinnen beschäftigt. Unsere eigenen Ermittlungen ergaben in der Gegend zwischen Niedereinsiedel und Schluckenau rund 80 Betriebe, in denen bei normalem Geschäftsgang rund 650 männliche und 1250 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt wurden. In der Heimararbeit war die Beschäftigung 2000 bis 3000. Gegenwärtig sind 1115 Betriebsarbeiter und über die Hälfte der Heimarbeiterinnen erwerbslos. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die nordböhmisches Kunstblumenindustrie unter der gleichen oder noch größeren Erwerbslosigkeit zu leiden hat wie ihre deutsche Mutterindustrie.

Von den deutschen Unternehmern der Kunstblumenindustrie wurde bei jeder Gelegenheit auf die scharfe Konkurrenz aus der Tschechoslowakei hingewiesen und betont, daß die tschechische Konkurrenz auf Grund ihrer niedrigeren Löhne die Aufträge an sich ziehe und in Deutschland Erwerbslosigkeit verursache. Die seit dem Herbst vergangenen Jahres in der tschechischen Kunstblumenindustrie eingetretene Erwerbslosigkeit belehrt uns eines anderen. Die Argumente der Unternehmer in Deutschland und der Hinweis auf die wachsende tschechische Konkurrenz sind als nicht stichhaltig zu betrachten. Es müssen andere Ursachen vorhanden sein, warum in der deutschen Kunstblumenindustrie Erwerbslosigkeit eintrat. Wir haben es schon öfter ausgesprochen und niedergeschrieben: Es ist die allgemeine Wirtschaftslage, die in erster Linie auf die Entwicklung der Kunstblumenindustrie einwirkt. Das gilt für die deutsche als auch für die ausländische Kunstblumenindustrie. Alle anderen Gesichtspunkte, die zur Begründung angeführt werden, gehen an der Wirklichkeit vorbei. Auch die Geschmacks- und Moderveränderung richtet sich nach den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen.

Wie stark die Kunstblumenindustrie in Nordböhmen gegenwärtig darnieder liegt, ist aus folgender Notiz zu ersehen, die wir dem Heft 9 vom 1. März der Fachzeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration“ entnehmen. Da steht geschrieben:

Notstand auch in der nordböhmisches Kunstblumenindustrie. Da die Blumenindustrie Nordböhmens fast ausschließlich auf das Exportgeschäft angewiesen ist und dieses nun in der Hauptsache schon allzulange stockt, so erklärt es sich, daß besonders in der Grenzstadt Niedereinsiedel die Folgen der Arbeits- und Verdienstlosigkeit stark empfunden werden, zumal auch der geschäftliche Grenzverkehr infolge des andauernden Daniederliegens der Branche in Sebnitz und Umkreis erlahmt. Im Stadtgemeinderat zu Niedereinsiedel ist es jetzt zu heftigen Tumulten gekommen, weil auch die Arbeitslosen Anspruch auf das Recht zu haben mit Nachdruck geltend machen und die städtischen Mittel dem nicht gewachsen sind. Das Stadtmagistrat Niedereinsiedel hat sich daher durch die Bezirksbehörde in Schluckenau an das Ministerium für soziale Fürsorge in Prag wegen einer Beihilfe von dieser Seite gewandt.

Aus diesem Zitat ist zu ersehen, daß die Verhältnisse in der nordböhmisches Kunstblumenindustrie nicht besser gelagert sind als in der deutschen.

Der Export von Kunstblumen aus der Tschechoslowakei hat sich dergestalt entwickelt, daß er 25 bis 30 Prozent der deutschen Ausfuhr in den Nachkriegsjahren erreicht hatte. 1929 ist ein enormer Rückgang des Exports zu verzeichnen.

Die Entlohnung der Kunstblumen-Betriebs- und Heimarbeiter war bis 1927 durch Tarif geregelt. Durch die Spaltungsarbeit der Kommunisten auch in der Arbeitnehmerorganisation der böhmischen Kunstblumenindustrie wurde diese Organisation geschwächt. Ein Tarifabschluß war deshalb nicht mehr möglich. Die Entlohnung erfolgt nunmehr willkürlich. Ein Erfolg der Kommunisten in der Tschechoslowakei!

Als Absatzmärkte für die nordböhmisches Kunstblumenindustrie kommen in Frage: Dänemark, Großbritannien, Italien, Kanada, die Niederlande, Österreich, die Schweiz, Schweden und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Wie ich Braumeister wurde.

Eine gerstenastige Geschichte.
Von Ernst Hallenkein.

Die Brauerei meines Vaters war mein Jugendideal. Weniger das dabei gebräute Bier, das zu beurteilen ich noch den Erwachsenen überließ, als seiner herrlichen Schlupfwinkel wegen, Kübel und Gendarm spielten sich nirgend besser als da.

Mein Vater, die Giste selbst, nahm stets den größten Anteil an unseren Spielen und war ordentlich stolz darauf, daß sein Sohn, der „Räuber“, dank der genauen Lokalkenntnis nie von seinen Spielkameraden, die es als strenge Hermandad verteuelt ernst nahmen, aufgehoben wurde.

O herrliche Zeit der harmlosen Verbrechertaufbahn meiner Jugend!

Leider fand sie durch den Tod meines Vaters ein jähes Ende. Mein Onkel übernahm die Brauerei und, da ich Waise geworden, auch mich. Ersteres nahmen ihm die Biertrinker, letzteres nahm ich ihm abel, denn er hatte ebensoviele einen Dumm vom Bierbrauen als auch von den Tugenden Pestalozzis. Ich konnte das Beste wollen, das Beste tun, nichts war meinem Onkel recht. Er hatte nun mal etwas gegen mich und dagegen war vorläufig nichts zu machen. Ich allein genügte ihm aber durchaus nicht, um seine frugwürdige Menschenliebe an den Tag zu legen, auch die anderen Bewohner unseres Städtchens mußten daran glauben, und zwar auf Kosten ihres Magens.

Mein lieber Onkel war nämlich außer seiner leiblichen Dicke auch noch mit einem ziemlich stark ausgeprägten „Dickkopf“ belastet, nebenbei gesagt, eine große Bedürfnislosigkeit für Haare an den Tag legte, so daß das Äußere dem Innern nichts nachgab. Er war ein Neuerer. Er wollte, wie er sich mit Vorliebe auszudrücken pflegte, einen „modernen“ Zug in das nach seiner Meinung veraltete Brauwesen meines Vaters bringen. Er glaubte, seine funkelnegele Brauherrschepflicht nicht besser inaugrieren zu können, indem er den altbewährten Braumeister entließ. Der gute, alte

bracht zu leben, die der erstauften Welt verkündeten, daß, um einem längst gehegten Bedürfnis abzuhelfen, vom soundso vielen bis zum soundso vielen in der nahen Residenz eine „Nahrungsmittel-Ausstellung“ ihre Pforten öffnen werde. Wir Jungen konnten uns trotz des Zweckes der Ausstellung an den Plakaten nicht satt sehen, denn die rote Farbe war ziemlich vorherrschend.

In meinen späteren Jahren konnte ich mich mit bestem Willen nicht entsinnen, je so viel Besucher auf einer Ausstellung gesehen zu haben, wie auf dem Bild der Phantastie des Zeichners entsprungen waren.

Es dauerte gar nicht lange, so hatten wir uns eine Ausstellung-Affiche, die sich durch Regen teilweise von der Mauer gelöst hatte, zu eigen gemacht und aus derselben eine Fahne für unsere Bande fabriziert. Leider gingen wir von der falschen Voraussetzung aus, daß mein Onkel an unserer kühnen Tat denselben begeisterten Gefallen finden würde wie wir.

Dies war ein häßlicher Irrtum. Als wir siegesbewußt mit unserer Trophäe über den Hof der Brauerei zogen, trafen wir, o Pech, mit ihm zusammen und erhielten den Befehl, das Plakat sofort wieder an Ort und Stelle zu bringen, wo wir es genommen.

Ich war, wie immer, der Sündenbock und stieß mich bei dieser Gelegenheit etwas unsanft an Onkels rechter Hand. Man gestatte mir diese Umschreibung für den fälschlichen Jornausbruch meines Erziehers. „Engel nennen es Himmelsfreud“, die Menschen nennen es Hiebe!

Wenn ich mich recht besinne, unterschlugen wir die Ausführung dieses Befehls, da ich mir mit dem besten Willen nicht vorstellen konnte, daß der Erfolg der Ausstellung dadurch geschmälert würde. Ich sagte mir: „Mehr auszufüllen, wie ich an den Nahrungsmitteln bei meinem liebevollen Onkel, werden die in der Ausstellung auch nicht haben.“

Eines Abends, als mein Onkel in Begleitung seines Braumeisters zur Versammlung ging, die für die Ausstellung anberaumt war, wurden wir, wie seit langem nicht mehr, Herren der Situation. „Was tun?“ rief es einstimmig in uns, „was tun, um uns für so langen Zwang und so lange Knechtung schadlos zu halten?“

Früh, der Sohn des Gärtners nebenan, ein findiger Kopf, wollte kürzlich gesehen haben, daß des Braumeisters buchstäblich bessere Hälfte Pflaumenmus eingekocht und in der Vorratskammer untergebracht hatte, deren Kellersfenster meist offen war. Mit einem Indianergeheil wurde diese Nachricht aufgenommen und das Faß gleich darauf mit vereinten Kräften und dank unserer Vorengewandtheit seinem bisherigen Standplatz entnommen. Mein Vorschlag, Nahrungsmittel-Ausstellungs-Kommission zu spielen, fand lebhafte Anklang. Um angefüllt und unentdeckt zu bleiben, kletterten wir mit unserem Raub in einen der Branntfische, der gerade leer war.

„Von angenehmer Größe!“ wiederholte der Onkel langsam und beim Ohr, „versteht du das, Hans?“

Ich schwieg. Meine sündige Verstocktheit hinderte meinen Onkel aber nicht, große Einkäufe während der Pflaumenerte zu machen. Von dem Tag an nannte er mich nur noch „mein süßer Junge!“

Nun ja, man kann doch seine Ansicht ändern!

Hoffnung.

Noch ist das Los
Im Schicksalsloch
Der Menschheit voller Sorgen;
Noch lebt der Reib,
Die Eier, der Streit,
Verkümmert ihr den Morgen.

Doch schon bricht an,
Zerreiht den Bann
Der schweren Daseinsnöte
Die neue Zeit
Im Frühlingskleid
Der Zukunft Morgenröte.

A. Melzer.

Drachenechse und Wildeber.

Die Ausbeute der Hölle, das Schreckenspeist der Träume, die Epikgestalt des Märchens: der Drache! Der Unterwölfer Douglas Burden berichtete in seinen überaus interessanten „Waldromane“ (mit 22 Abbildungen und einer Übersichtsarte), daß er auf der kleinen niederländisch-indischen Insel Komodo die letzten Nachkommen der vorhistorischen Sauropteren gefunden hat. Er beschreibt drei Meter lang, doppelgürtig wie jeder richtige Eidechse und ihr jahnbewehrter Rücken zeigt das Merkmal eines wahren Schwanzes mit einem Stiel. Auch über mehrere interessante Ergebnisse des Forschungsreisenes im Innern des gleichnamigen Archipels auf Sumatra, Java, Batak und Borneo berichtet das Buch. Wir drücken hier mit Genehmigung des Verlags F. A. Brockhaus in Leipzig einige Seiten ab.

Auch meine Frau und ich waren viel unterwegs, doch unsere Neugier war bald befriedigt. Wir waren immer froh, wenn wir aus dem Dister des unheimlichen Waldes wieder herausgefunden hatten. Einmal waren wir ganz tief eingedrungen, bis zu einem Platz, wo ungeheure Lavablöcke wild zerstreut umherlagen und tiefe Höhlen, die Wohnungen unzähliger Fledermäuse, unser Staunen erregten. Überall hingen die grünen Ranken des wilden Weins und allerlei andere Schlinggewächse als buntes verchlungenes Ketten von den Bäumen herab. Mächtige Kiefern umklammerten in fobbringender Umföhlung die stolzen Stämme. Wohin man blickte, machten sich Schmarogerpflanzen breit. Der indische Felgenbaum war in prächtigen Stücken vertreten; auch von seinen Zweigen baumelten unzählige der lebendigen grünen Lane. Aber den Boden krochen die Wurzelstränge der alten Baumriesen und schufen in seltsamen Bogen auch dort ein vielverschlungenes Gewirr.

Durch diese Schrecknis, wo überall der Tod einen umlauerte, wandten wir uns hindurch und kamen endlich, einem Wüffelpfad folgend, ins Freie. Da standen wir wieder im hellen Sonnenlicht! Wie waren wir froh, daß wir das stickige Dunkel hinter uns hatten! Ein frischer Wind fuhr uns erquickend entgegen, Tausende und aber Tausende von Halmen beugten sich unter seiner streichelnden Hand. Tief unter uns lag die Nacht; weit schweifte der Blick über die schimmernde Flut, bis hin zu den Bergen in der Ferne, deren stolze Häupter im Nebel verschwanden.

Verunken in den herrlichen Anblick standen wir da, als plötzlich eine große Eidechse links von uns aus dem Walde aufsauchte. Gleichzeitig kam aus einem Bambusbüschel ein Schwein und lief gerade auf den Kriecher los. Jetzt, dachte ich bei mir, werden wir zu sehen bekommen, ob ein Drache einen ausgewachsenen Wildeber angreifen mag oder nicht. Leise hockten wir uns in das hohe Gras; ich holte das Fernrohr hervor, um alles recht genau beobachten zu können.

Die Eidechse hielt bewegungslos am Rande der Dschungel und beobachtete den Eber, der ahnungslos herantrötelte. Da sie wohl fürchtete, das Schwein möchte sie zu früh bemerken, schob sie sich langsam in den Wald zurück. In diesem Augenblick erhielt das Vorderkiefer ihre Witterung, brach sofort rechtwinklig zu seiner bisherigen Richtung ab und rannte in ein kleines Gebüsch in der Nähe. Als der Drache wieder erschien und alles leer fand, waffelte er langsam quer über den freien Platz, nicht ohne häufig anzuhalten und sich umzuschauen. Gerade kam das Schwein aus dem Gebölz hervor, erblickte seinen Feind auf dem Marsch in entgegengekehrter Richtung und trollte befriedigt seine alte Straße weiter, wobei es sogar hin und wieder halmachte, um im Boden zu wühlen. Der Drache muß aber doch wohl den Eber gesehen haben, denn er drehte plötzlich um und machte sich an die Verfolgung. Leider bemerkte ihn der schwarze Würger rechtzeitig und rettete sich in den Urwald. So endete die Geschichte. Niemand wird ans dieser Beobachtung einen allgemeinen Schluß ziehen wollen. Aber ich glaube doch behaupten zu können, daß sehr viele Tiere, besonders Rehe und Wildschweine, den großen Drachen zur Beute fallen.

Humoristische Ecke.

Grüßworte.

Wir haben in Deutschland eine Unmenge Grüßformeln, die nach Provinz und Stamm verschieden sind und nach Gelegenheit und Tageszeit wechseln. Einige sind hübsch und gehaltvoll, wie „Grüß Gott“ oder das „Glück auf“ der Bergleute, andere ziemlich abgeschmackt, wie das kurze „Mahlzeit!“ Am häufigsten begrüßt man sich, wie auch bei den Franzosen, Engländern und Italienern und anderen Völkern Europas, durch das Nennen der Tageszeit „Guten Tag“, „Bon jour“ usw. Schöner waren jedenfalls die Grüße der klassischen Nationen. Die Römer begrüßten ave und vale, die Griechen das freundliche Chaire (freue dich). Im modernen Griechenland wird chäre, chärete als Abschiedsgruß gebraucht. Fremden gegenüber auch wohl Kalin patrida (glückliche Heimkehr, wörtlich „gutes Vaterland“). Sonst ist der Bewillkommungsgruß Kalmoro (guten Tag) und Kaloso rines (Sei willkommen). Mohammedanische Völker hießen einander den Friedensgruß Salam aleikum. In Brasilien heißt es zum Abschied Até logo (bis nachher!), auf den Sandwüchsinfern sagt man Acha os (Ich liebe dich), indes die Eingeborenen Kenesland, die Maori, während sie Nase an Nase reiben, Tenakos sagen, d. i. „Du bist du“. Der Araber wünscht „Baid el bela alik“ (Jedes Ubel sei dir ferne). Höchst charakteristisch sind einzelne afrikanische Grüßformeln. Der stolze Zuluhaffer konstatiert einfach: „Saka bona“ (Mir gehen dich), der Besshane bittet „Tumella“ (Sei mein Freund), am sonderbarsten aber berührt der Groß der Wahebe. Sie schägen das Kind so hoch, daß sie einen Angehörigen mit den Worten grüßen: „Azo zonga“ (Sei gegrüßt, du Kindvieh!).



Eppold. Ich sehe ihn heute noch wie ein altes ehrwürdiges Wahrzeichen in unserer Loreinfahrt stehen, die er mit seiner ziemlich kompletten Körperlichkeit fast ausfüllte. Das gutwillige Gesicht wurde von einem Doppelbäum geziert, das sich sehen lassen durfte, und dem sich war eine fleischgewordene dreifache Schlammertolle im Rücken siegreich als Gegenstück in die Konkurrenz wagte.

Der alte Eppold war zweiundzwanzig Jahre lang Vaters beste Reklame. Er wirkte direkt dastierregend!

Wir Jungen heulen wie die Schloßhunde, als er ging.

Acht Tage schon stand der neue Braumeister außer der Loreinfahrt, war mit dem Unterschied, daß der nur dicke tat, dem äußerlich gleich er einem entsetzten Dedankenfrisch. Wer nicht gerade ein Feind des herrlichen Gerstenastens ist, wird in seiner ehrlichen Herzele tief empfinden, was das heißt. „Ein magerer Braumeister!“

Auch wir Jungen begrüßten den Wechsel der Dinge mit Mißtrauen und nicht gerade sehr sympathisch, denn wer keinen Magen für Bier hat, philosophieren wir, der hat auch kein Herz für Kinder. Und so war es auch. Wie die Käse, die den ganzen Tag nach Mäusen harrt, war er hinter uns her und suchte, um sich bei meinem Onkel einzufinden, unser harmloses Natterwesen zu fressen. Leicht machten wir es ihm freilich nicht.

Mit dem alten Eppold war auch die Seele des Geschäftes gegangen und demerte es auch gar nicht lange, daß man das jetzt Jahren so beliebte Bier aus Vaters Brauerei erst leise, dann aber immer lauter und lauter beschäme und, wie das immer zu sein pflegt, so waren es auch diesmal die Glaswände, die anstarrten und rebellierten.

Das ist nicht dasselbe Bier, das Bier ist ja bitter wie Galle“, hieß es, „das Zeug kann ja keiner trinken!“

Die Kellner bekamen immer mehr Vorwürfe und — der Meisch ist nun einmal so ungerührt — immer weniger Trinkgeld.

Der Wirt war — im heiligen Bewußtsein seiner Halschuld (Wirt ist immer schuldig) die Köpfe und meinte: „Ja, meine Herren, weißt auch nicht, was da los ist; seit des alten Herrn Tod wird immer mehr geklagt, das Bier ist lange nicht mehr so süßig wie früher!“

Diese Vorgänge häßten sich von Woche zu Woche, ein Stimmungs- und dem anderen fiel ab; ein Wirt nach dem anderen kündigte uns seine Kündigung. Sogar die alten Beilichtstrassen, die sich samt Lebkuchen des alten Herrn dreimal wöchentlich vorantreiben holten darüber, freuten, und das muß gewiß viel sagen.

Daß die Larme meines Onkels durch die Resultate seines „modernen Jages“, den er eingeführt, nicht die richtige war, empfand niemand mehr als wir Jungen. Wir werden moralisch ausgebildet und waren angewiesen, unsere Kisten auf der Straße unter freiem Himmel fortzuführen, was bei rauhem Wetter nicht gerade verlockend war, da wir noch nicht zu den stärksten Mäusern gehörten. Wir waren nahe daran, das empfindliche, als ein Zwischenfall unserer Absicht entgegentrat und unseren Räuberwesen Gelegenheiten gab, aufs neue frisch sein Haupt zu erheben.

Eines Tages — pardon — eines schönen Tages waren wir nicht wenig erschrocken, an allen Eingängen unserer kleinen Stadt — es gab ihrer ja nicht allzu viele — große schwarze Plakate ange-

eben im Begriff, als Jura unsere Kenntnisse in Pflaumenmus zu erweitern, drohte Onkels Stimme über den Hof; er war zurückgekehrt.

Eine wilde Flucht begann. In wenigen Sekunden war nichts mehr von uns zu sehen, und nur das Faß mit Pflaumenmus blieb in der Eile zurück.

An anderen Morgen war Brandtag. Das für die Ausstellung bestimmte Bier wurde eingebraut. Was Wunder, daß die Brauerei bis zum letzten Knecht hinterher angehängt war, wenn auch niemand, bis zum Onkel hinaus, sich Hoffnung auf Erfolg machte.

Wochen des bangsten Erwartens vergingen.

Der Tag der Prämierung war erschienen. Onkel machte ein Gesicht wie jener Bier. Endlich gegen Mittag kam er heim, das Gesicht gerötet, strahlend — und rief ein über das andere Mal: „Prämiiert! Mein Bier ist mit dem ersten Preis prämiert!“

Das war allerdings eine Überraschung!

An dem Tag hatte ich's sogar gut!

Ich durfte mit dem Onkel zusammen bei Tisch sitzen, und ein Eber das andere Mal klopfte er mich auf die Schulter und rief: „Junge, wenn das dein Vater noch erlebt hätte! Ja, ja, der moderne Jag!“ Man muß es nur verstehen!“

Möglich wurde die Tür geöffnet, und in voller Aufregung trat der Braumeister ein und meldete, seine Frau habe ihn mitgeteilt, ihr wäre vor einiger Zeit ein großes Faß Pflaumenmus aus der Vorratskammer gestohlen worden und man habe die Reste dieses Faßes in dem großen Branntfisch gefunden, in dem das Ausfällungsbeer gebraut wurde.

Ich wurde kreischend — mein Onkel senkrecht.

Eine große peinliche Panne entstand, in der mich mein Onkel sogar ätzte, und zwar so verständnislos, daß ich ordentlich Respekt, aber auch Furcht vor seinem scharfen Geist bekam.

Jeden Augenblick dachte ich, müsse sich ein fürchterliches Unglück über mich ereignen, doch londerbar, die Wolke zog vorüber. „Branntfisch“, sagte schließlich lächelnd Onkel, „wie lautetest doch das Urteil der Kommission über unser Bier?“

„Gut“, knüpfte behutsamlich, von angenehmer Größe und frei von Feind“, meldete endlich selbstbewußt der Braumeister.

„Es ist gut“, unterbrach ihn mein Onkel, „ich werde die Sache mit dem Beschäftigten unterziehen.“

Der Braumeister ging.